



V 6458 E

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

39. Jahrgang

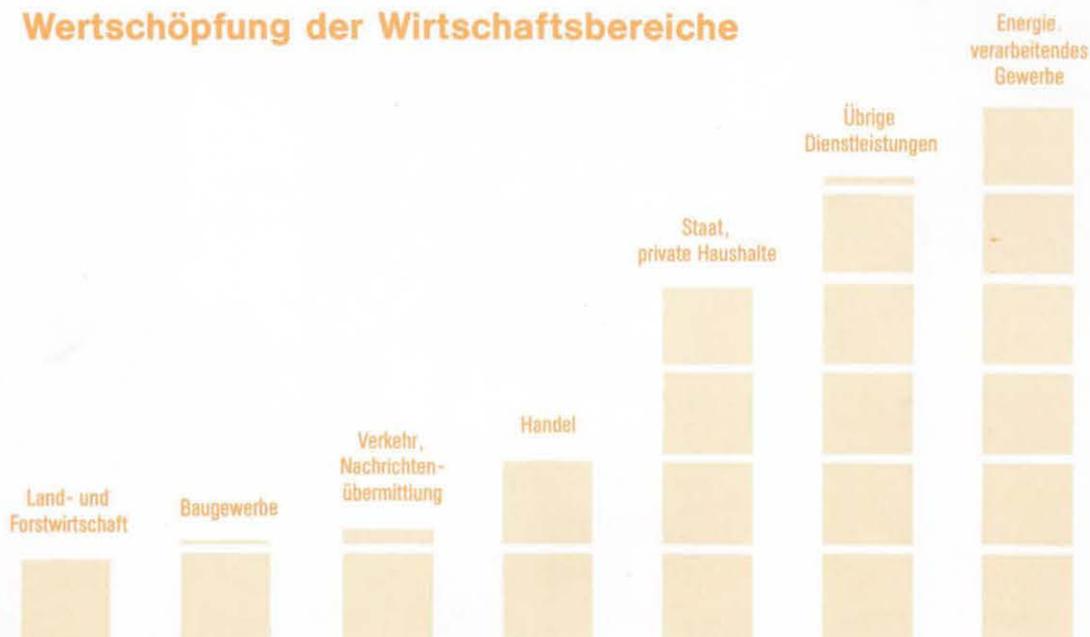
Heft 10

Oktober 1987

Grafik des Monats: Sozialer Wohnungsbau
Aufsätze: Einkommensverteilung 1983
Sozialer Wohnungsbau
Kurzberichte: Studien- und Berufswünsche
Aus unserem Archiv

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

Wirtschaftsstatistische Schnellinformation

		Jüngster Monat		Monatsdurchschnitt	
		absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleicher Monat) in %	absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleiche Zeit) in %
Verarbeitendes Gewerbe ¹					
		Juli 1987		Januar bis Juli 1987	
Beschäftigte	1 000	164	- 2,0	164	- 1,5
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	15	- 0,9	15	- 2,3
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	585	+ 1,8	548	+ 1,8
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	2 744	- 6,2	2 893	- 2,9
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 197	- 3,7	2 229	- 4,9
Auslandsumsatz	Mill. DM	547	- 15,0	665	+ 4,3
Auftragseingang					
ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	1 489	+ 4,9	1 603	+ 1,5
aus dem Inland	Mill. DM	1 046	+ 4,1	1 091	+ 0,7
aus dem Ausland	Mill. DM	443	+ 7,0	512	+ 3,1
Energieverbrauch	1 000 t SKE				
Bauhauptgewerbe ²					
Beschäftigte	1 000	40	- 4,1	37	- 4,5
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	5	- 3,3	3	- 10,5
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	122	- 1,4	89	- 4,0
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	400	- 4,8	242	- 10,9
Auftragseingang ³	Mill. DM	206	- 5,6	197	- 10,2
Baugenehmigungen ⁴					
Wohnbau	Wohnungen	744	+ 1,1	567	- 14,5
Nichtwohnbau	1 000 m ³ umbauter Raum	382	- 16,0	376	+ 5,9
Einzelhandel					
		Mai 1987		Januar bis Mai 1987	
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1986 $\hat{=}$ 100	100,7	- 2,7	95,1	+ 0,5
Gastgewerbe					
		April 1987		Januar bis April 1987	
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1986 $\hat{=}$ 100	98,4	+ 11,0	74,1	+ 0,2
Fremdenverkehr ⁵					
		Mai 1987		Januar bis Mai 1987	
Ankünfte	1 000	344	- 5,3	182	- 4,7
Übernachtungen	1 000	1 631	- 5,3	813	- 3,8
Arbeitsmarkt					
		Juli 1987		Januar bis Juli 1987	
Arbeitslose	Anzahl	104 931	- 3,0	115 384	- 3,8
Außenhandel					
		Juni 1987		Januar bis Juni 1987	
Ausfuhr	Mill. DM	841,9	+ 14,2	871,4	+ 10,0
Kredite ⁶					
Bestand am Monatsende					
kurzfristige Kredite	Mill. DM	9 275	- 9,9	9 180	- 8,6
mittel- und langfristige Kredite ⁷	Mill. DM	48 013	+ 4,0	47 610	+ 4,2

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1

2) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1

3) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

4) Nur Errichtung neuer Gebäude

5) in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten (einschließlich Jugendherbergen; ohne Campingplätze)

6) an inländische Unternehmen und Private, ab 1.1.1986 einschließlich Raiffeisenbanken

7) einschließlich durchlaufender Kredite

INHALT 10/87

	Seite
Aktuelle Auslese	191
Aufsätze	
Die Einkommensverteilung 1983	192
Sozialer Wohnungsbau	197
Kurzberichte	
Studien- und Berufswünsche 1987	204
Aus unserem Archiv	206
Grafik des Monats	198
Tabellenteil	Beilage
Entwicklung im Bild	3. Umschlagseite

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

- Heft 5/1987**
 Bundestagswahl 1987
 Einzelhandel
- Heft 6/1987**
 Öffentliche Abwasserbeseitigung 1983
 Wirtschaftliches Wachstum 1986
 Arbeitsstätten des Einzelhandels
 Rehabilitationsmaßnahmen
- Heft 7/1987**
 Zum Nach-Denken über „anonymisiert“
 Gastgewerbe 1985
 Berufsbildungsstatistik 1986
- Heft 8/1987**
 Krankenhauspatientenstatistik
 Einbürgerungen 1986
 Ackernutzung 1987
- Heft 9/1987**
 Verarbeitendes Gewerbe 1986
 Bruttowertschöpfung in den Kreisen
 Bevölkerungsentwicklung 1986
 Kaufwerte für Bauland 1986
 Studenten im SS 1987
 Hochschulprüfungen

Inhalt der bisher erschienenen Hefte des laufenden Jahrgangs

	Heft/Seite
Gebiet und Bevölkerung	
Volkszählung 1987; Notwendig für Kommunen	4/76
Volkszählung 1987 — Vorurteile und Wirklichkeit	4/79
Die ältesten Volkszählungen	4/86
Einbürgerungen	8/166
Bevölkerungsentwicklung 1986	9/181
Gesundheitswesen	
Krankenhauspatientenstatistik	8/156
Bildung und Kultur	
Schulstatistik 1986/87	2/38
Bildungswanderungen	2/40
Berufsbildungsstatistik 1986	7/149
Studenten im SS 1987	9/186
Hochschulprüfungen	9/187
Wahlen	
Bundestagswahl 1987	5/100
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	
Ackernutzung 1987	8/167
Produzierendes Gewerbe	
Investitionen im verarbeitenden Gewerbe	2/42
Verarbeitendes Gewerbe 1986	9/172
Handel und Gastgewerbe	
Einzelhandel	5/110
Arbeitsstätten des Einzelhandels	6/132
Gastgewerbe 1985	7/143
Öffentliche Sozialleistungen	
Sozialhilfeempfänger	2/28
Rehabilitationsmaßnahmen	6/133
Preise	
Kaufwerte für Bauland 1986	9/183
Löhne und Gehälter	
Arbeitskosten	1/16
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	1/4
Wirtschaftliches Wachstum 1986	6/131
Bruttowertschöpfung in den Kreisen	9/176
Umweltschutz	
Öffentliche Abwasserbeseitigung	6/120
Verschiedenes	
Schleswig-Holstein im Jahre 1986	3/47
Zum Nach-Denken über „anonymisiert“	7/140



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

39. Jahrgang

Heft 10

Oktober 1987

Aktuelle Auslese

Gute Bilanz des Fremdenverkehrs im 1. Halbjahr 1987



Die Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Betten in Schleswig-Holstein registrierten im 1. Halbjahr 1987 nach zum Teil noch vorläufigen Feststellungen 1,3 Mill. Gäste und 6,3 Mill. Übernachtungen. Während die Zahl der Gäste gegenüber dem 1. Halbjahr 1986 um 3 % zurückging, blieb die Zahl der Übernachtungen unverändert auf dem hohen Niveau des Vorjahres.

In den ersten fünf Monaten dieses Jahres sah es noch nicht so günstig aus. Der Umschwung kam mit dem Juni, der den Betrieben ein Übernachtungsplus von 7 % bescherte. Dieser relativ große Anstieg dürfte wesentlich auf den frühen Beginn der Sommerferien in einigen Bundesländern zurückzuführen sein.

Die Campingplätze konnten das Ergebnis aus dem Vorjahr nicht halten. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres verzeichneten sie, bedingt durch das schlechte Wetter im Mai und im Juni, 9 % weniger Gäste und 8 % weniger Übernachtungen als im 1. Halbjahr 1986.

In Konflikt mit dem Strafrecht



Die Anteile der verschiedenen Straftaten, die zu einer Verurteilung führen, bleiben im allgemeinen über Jahre hinweg konstant. Seit 1982 haben unter den erwachsenen Verurteilten jedoch die Verletzungen der Unterhaltspflicht merklich und stetig abgenommen, nämlich von 398 auf 111 Fälle im Jahr; die Straftaten nach dem Straßenverkehrsgesetz ebenfalls, wenn auch relativ schwächer (1 290 auf 979); aber wegen Straftaten gegen die Umwelt wurden mit 171 Personen deutlich mehr verurteilt als im Vorjahr (58), vermutlich weil die 1980 verschärften StGB-Bestimmungen zunehmend angewendet werden.

Die Zahl aller wegen Straftaten Abgeurteilten war 1986 mit 37 464 nur um knapp 400 niedriger als 1985. Unter den 7 772 nach Jugendstrafrecht Abgeurteilten haben sich die Relationen nach der Art der Entscheidung leicht geändert. 1986 wurden häufiger Erziehungsmaßregeln verhängt (bei 6,2 % der Abgeurteilten gegenüber 5,2 % im Vorjahr), und es wurde häufiger das Verfahren eingestellt (22,7 % gegenüber 20,3 %), aber seltener auf Jugendstrafe (8,7 %/9,1 %) und Zuchtmittel (60,6 %/62,6 %) erkannt. Allerdings wurde auch seltener freigesprochen (1,8 %/2,7 %).

Je 100 000 Strafmündige wurden 1986 unter Deutschen 1 335, unter Ausländern 2 047 Täter verurteilt. Diese Ziffern lauteten im Vorjahr 1 365 und 1 987. Für die Deutschen setzt sich damit eine seit 1983 anhaltende sinkende Tendenz fort, für die Ausländer eine seit 1984 steigende. Während 1984 die Ziffer für die Ausländer mit 1 607 nur um 157 höher lag als für die Deutschen mit 1 450, ist 1986 der Abstand mit 712 deutlich größer.

Keine Erholung im Wohnbau



Von Januar bis Juli dieses Jahres wurden in Schleswig-Holstein 3 972 Wohnungen zum Bau freigegeben, das sind 14 % Genehmigungen weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Etwas geringer fiel der Rückgang der Baugenehmigungen für Ein- und Zweifamilienhäuser aus. In den ersten sieben Monaten 1987 wurden 3 002 Wohnungen in Eigenheimen genehmigt und damit 12 % weniger als 1986.

Die Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude — gemessen am Rauminhalt — sind dagegen gestiegen. Von Januar bis Juli wurden Gebäude mit einem Gesamtvolumen von 2,63 Mill. m² zum Bau freigegeben, das sind 6 % mehr als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres.

Die Einkommensverteilung 1983

Konsolidierte Ergebnisse aus der Lohn- und Einkommensteuerstatistik

Die Statistiken über die Steuern vom Einkommen — für sie ist ein Dreijahreszyklus gesetzlich vorgeschrieben — sind in erster Linie auf die Darstellung der Einkommenshöhe, -struktur und -besteuerung sowie ihrer Veränderungen ausgerichtet. Die große Zeitspanne, die für die Einkommensveranlagung durch steuerrechtliche Regelungen eingeräumt wird, hat zur Folge, daß die Ergebnisse erst mit einem recht beträchtlichen Zeitabstand vorgelegt werden können. Wenn sie auch nicht für gesamtwirtschaftliche Analysen hochaktuell sind, so liefern sie doch umfassende Informationen über die Einkommensschichtung, d. h. über die statistische Verteilung der Einkommen nach ihrer Größenklasse.

Die Aufbereitung der Statistiken über die Steuern vom Einkommen 1983 wird zur Zeit abgeschlossen; ein Statistischer Bericht zur Lohnsteuer 1983 liegt seit Juni 1986 vor, entsprechende Veröffentlichungen zur Einkommensteuer und zur Körperschaftsteuer werden im Herbst 1987 erscheinen. Für 1983 war das Einkommensteuergesetz in der Fassung vom 6. Dezember 1981 (BGBl. I S. 1249) gültig.

Die Lohnsteuer ist wie die Kapitalertragsteuer eine Steuer vom Einkommen, für die der Quellenabzug gilt. Quelle ist hier der Bruttolohn oder das Bruttogehalt. Es handelt sich um die besondere Besteuerungsform der Einkünfte aus unselbständiger Arbeit, die eine der sieben im Einkommensteuergesetz vorgesehenen Einkunftsarten ist. Die Bearbeitung der Lohnsteuerjahresausgleiche und auch der meisten sog. Arbeitnehmerveranlagungen ist in der Finanzverwaltung früher ab-

geschlossen als die der übrigen Einkommensteuer-Veranlagungen. Vor allem, um hier einen Aktualitätsgewinn zu erzielen, bereitet man die Lohnsteuerfälle statistisch gesondert vorweg auf. Die Termine für die Bearbeitung in den Finanzämtern haben sich aber angenähert; auch der Anteil der Bruttolohn- und Gehalts-summe, der der Veranlagung unterzogen wird, z. B. weil auch Hausbesitz des Arbeitnehmers oder andere Einkünfte einzubeziehen sind, hat ständig zugenommen. Es liegt daher auf der Hand, die Ergebnisse der Lohnsteuerstatistik mit jener der Einkommensteuerstatistik zu vereinigen, d. h. zu konsolidieren.

Der Begriff „Konsolidierung“ ist vielleicht eher aus dem Bilanzwesen geläufig, wo er aussagt, daß z. B. in einer Konzernbilanz die Aktiva und Passiva der Tochtergesellschaften nicht einfach addiert, sondern um Doppelzählungen, die sich aus der Konzernverschachtelung ergeben, bereinigt sind. Bei der Vereinigung von Lohn- und Einkommensteuer sind Doppelzählungen zu eliminieren, die dadurch zustande kommen, daß ein veranlagter Arbeitnehmer in der Einkommensteuerstatistik und mit seinem Bruttolohn/-gehalt auch in der Lohnsteuerstatistik enthalten ist. Zur Konsolidierung gehört auch, beide Materialien durch Ansatz gleicher Größenklassengliederung der Einkünfte vereinigbar zu machen. Das Ergebnis einer solchen Konsolidierung für das Jahr 1983 schildert dieser Aufsatz.

Die ausgewählten Bezugsgrößen wurden dabei nach folgendem Schema abgeleitet:

Summe der sieben Einkunftsarten

- + Nachzuversteuernder Betrag nach § 10 a EStG
- Verlustabzugsbetrag nach § 2 Abs. 1 Satz 1 Auslandsinvestitionsgesetz
- + Hinzurechnungsbetrag nach § 2 Abs. 1 Satz 3 Auslandsinvestitionsgesetz
- Altersentlastungsbetrag nach § 24 a EStG
- Ausbildungsplatz-Abzugsbetrag nach § 24 b EStG
- Ausländische Steuern vom Einkommen nach § 34 c Abs. 2 und 3 EStG
- Freibetrag für Land- und Forstwirte nach § 13 Abs. 3 EStG

= Gesamtbetrag der Einkünfte (GdE)

- Sonderausgaben nach § 10, § 10 b, § 10 c EStG
- Steuerbegünstigter nicht entnommener Gewinn nach § 10 a EStG
- Freibetrag für freie Berufe nach § 18 Abs. 4 EStG
- Freibetrag für besondere Fälle nach § 33 a EStG 1953 i.V.m. § 52 Abs. 23 EStG
- Freibeträge für außergewöhnliche Belastungen nach § 33 a EStG

- Pauschalbeträge für Körperbehinderte und Hinterbliebene nach § 33 b EStG
- Überbelastungsbetrag nach § 33 EStG
- Verlustabzug nach § 10 d EStG, § 2 Abs. 1 Satz 2 Auslandsinvestitionsgesetz

= Einkommen

- Altersfreibetrag nach § 32 Abs. 2 EStG
- Haushaltsfreibetrag nach § 32 Abs. 3 EStG
- Kinderfreibetrag nach § 32 Abs. 8 EStG
- Freibleibender Betrag nach § 46 Abs. 3, § 46 a Satz 1 EStG, §§ 70, 72 EStDV
- Sonderfreibetrag für beschränkt Steuerpflichtige nach § 50 Abs. 3 EStG

= Zu versteuerndes Einkommen

Einkommensteuer lt. Grundtabelle/Splittingtabelle oder nach dem bei Anwendung des Progressionsvorbehalts (§ 32 b EStG) sich ergebenden Steuersatz

- + Steuer auf die einem ermäßigten Steuersatz unterliegenden Einkünfte nach § 34, § 34 b, § 34 c Abs. 4 EStG
- Steuerermäßigung bei Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft nach § 34 e EStG
- Anrechnung ausländischer Steuern nach § 34 c Abs. 1 EStG, § 12 Außensteuergesetz
- Steuerermäßigung für freie Erfinder nach § 4 Ziff. 3 der Verordnung über die einkommensteuerliche Behandlung der freien Erfinder
- Steuerermäßigung für Einkünfte aus Berlin (West) nach § 21 und § 22 Berlin FG
- + Pauschbetrag nach § 34 c Abs. 5 EStG
- Steuerermäßigung nach § 16 und § 17 Berlin FG
- Steuerermäßigung nach § 14 d, 3. VermBG
- Ermäßigung nach § 34 f EStG
- Steuerermäßigung bei Belastung mit Erbschaftsteuer nach § 35 EStG
- Investitionsprämie nach § 32 des Kohlegesetzes
- + Nachsteuer nach § 30, § 31 EStDV

= Festgesetzte Einkommensteuer

Für die Schichtung, also die quantitative Zuordnung der Merkmalsträger, wurde der Gesamtbetrag der Einkünfte (GdE) gewählt. Dies ist ein fester Begriff des Einkommensteuergesetzes. Seine Bedeutung ist dem Schema zu entnehmen. Gegenüber dem Einkommen und auch dem zu versteuernden Einkommen hat er den Vorteil, daß steuerliche Besonderheiten, die eher den Nicht-Arbeitnehmern gelten, hier noch nicht so sehr zu Buche schlagen. Der Gesamtbetrag der Einkünfte ist bei den nur Lohnsteuerpflichtigen der Bruttolohn minus Werbungskosten, Versorgungs-, Weihnachts- und Arbeitnehmerfreibeträge.

In der Statistik und damit auch in der konsolidierten Schichtung werden die Einkünfte/Einkommen der unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen gezählt. Zähleinheit oder — wie oben ausgedrückt: Merkmalsträger — ist aber nicht die einzelne natürliche Person, sondern der Steuerpflichtige. Das Singular Steuerpflichtiger sind bei gemeinsamer Veranlagung zwei natürliche Personen, nämlich die Ehegatten. Diese Abgrenzung erlaubt naturgemäß keine Aussage über die Durchschnittseinkünfte je Einzelperson. Mit einer gewissen Unschärfe könnte man auch für Mehrpersonenhaushalte das Einkommen je Steuerpflichtigen als Haushaltseinkommen bezeichnen. Dessen Nachweis ist insofern zweckmäßig, als der Lebensstandard eines

Haushalts von seiner Gesamtkaufkraft abhängt, die wiederum in hohem Maße von den Einkommen der Ehegatten.

Von Nachteil ist, daß die steuerliche und die ökonomische Einkommensdefinition differieren; es fehlen u. a. bei den Arbeitnehmern die Sozialversicherungsbeiträge und die freiwilligen Sozialleistungen der Arbeitgeber. Darüber hinaus gibt es Lücken beim Nachweis der Einkommen aus Land- und Forstwirtschaft und der Renten- bzw. Pensionseinkünfte. Diese Nachteile gilt es zu beachten. Dem steht als Vorteil gegenüber, daß das Datenmaterial der Finanzverwaltung — bis auf ganz wenige noch nicht abgeschlossene Veranlagungen — in der Vollständigkeit einer statistischen Totalerhebung gleichkommt und in der Datenqualität — zumindest der steuerlich relevanten Daten — wohl nicht zu überbieten ist.

Einkunftsarten und Größenklassen

Die Einkommensbesteuerung verursacht auch Umverteilungsvorgänge, die nicht primär steuerpolitisch motiviert sind, sondern den Anreiz dafür bilden, daß der Steuerzahler die Entscheidungen über die Verwendung seines Einkommens im Sinne bestimmter wirtschafts-

und/oder gesellschaftspolitischer Ziele trifft. Die Subventionierung der Steuerpflichtigen z. B., die eigenen Wohnraum schaffen, prägt sich in negativen Einkünften aus Vermietung und Verpachtung aus. Für die ökonomisch orientierte Analyse der Einkommenstruktur nach den Quellen der Einkünfte ist es angebracht, nur die positiven Einkünfte zu betrachten.

Man stellt dann fest, daß sich von 1980 bis 1983 die Anteile der sieben Einkunftsarten nicht wesentlich verschoben haben; der auf 2,1 % gewachsene Anteil der land- und forstwirtschaftlichen Einkünfte ist auf die 1980 verschärfte Buchführungspflicht und die guten Ernteerträge 1982/83 zurückzuführen. Augenfällig ist der rezessionsbedingte Rückgang bei den Einkünften aus Gewerbebetrieb (- 4,3 %), was den Anteil dieser Einkunftsart von 11,4 % auf 9,7 % sinken ließ. Zu berücksichtigen ist jedoch, daß für die Gewerbebetriebe das Vergleichsjahr 1980 eines der besten Ergebnisse geliefert hatte.

Die Veränderung der Anteile der Einkunftsarten ist ein Hinweis darauf, daß die Steigerungsraten der absoluten Beträge divergieren: Die Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft stiegen um 75,6 %, die aus selbständiger Arbeit um 8,2 %, die aus nichtselbständiger Arbeit um 13,2 %, die aus Kapitalvermögen um 24,4 %, die aus Vermietung und Verpachtung um 25,0 % und die sonstigen Einkünfte um 49,4 %. Insgesamt sind die Einkünfte von 1980 bis 1983 auf 35,751 Mrd. DM oder um 12,4 % gestiegen. Das entspricht einem jahresdurchschnittlichen Zuwachs um ca. 4 %.

Setzt man von der Summe der positiven Einkünfte die negativen Beträge der einzelnen Einkunftsarten ab, die sog. ausgeglichenen Verluste (ca. 1,977 Mrd. DM), so

Einkünfte der Lohn- und der Einkommensteuerpflichtigen (konsolidiert) 1980 und 1983

Positive Einkünfte* aus ...	1980		1983	
	Mill. DM	%	Mill. DM	%
Land- und Forstwirtschaft	422	1,3	741	2,1
Gewerbebetrieb	3 616	11,4	3 462	9,7
Selbständiger Arbeit	1 381	4,3	1 494	4,2
Nichtselbständiger Arbeit	25 237	79,4	28 565	79,9
Kapitalvermögen	510	1,6	634	1,8
Vermietung und Verpachtung	374	1,2	468	1,3
Sonstigen Einkünften	259	0,8	387	1,1
Summe der Einkünfte	31 799	100	35 751	100

*) der Steuerpflichtigen mit positivem Gesamtbetrag der Einkünfte. Verlustfälle sind auch mit ihren positiven Einkünften nicht enthalten

erhält man — nach weiteren Hinzurechnungen und Absetzungen entsprechend der obigen Definition — einen Gesamtbetrag der Einkünfte von 33,595 Mrd. DM mit 898 726 Steuerpflichtigen. Nach Abzug der Sonderausgaben, der außergewöhnlichen Belastungen und weiterer Beträge ergibt sich auf Landesebene ein Einkommen von 27,331 Mrd. DM. Die festgesetzte Einkommensteuer beträgt 6,071 Mrd. DM.

Die Aufteilung der vier Bezugsgrößen Steuerpflichtige, GdE, Einkommen, festgesetzte Einkommen-/Lohnsteuer und Bruttolohn nach Größenklassen des Gesamtbetrages der Einkünfte enthält die Tabelle.

Allgemein ist im Vergleich zu 1980 eine Verschiebung in höhere Größenklassen des Gesamtbetrages der Einkünfte zu verzeichnen. Auf die Größenklasse bis unter 25 000 DM entfallen 1983 38 % der Steuerpflichtigen mit 11 % der Einkommen, aber nur 6 % der festgesetz-

Ausgewählte Merkmale der konsolidierten Lohn- und Einkommensteuerstatistik 1983 nach Größenklassen des Gesamtbetrages der Einkünfte

Gesamtbetrag der Einkünfte von ... bis unter ... DM	Steuerpflichtige		Gesamtbetrag der Einkünfte		Einkommen		Festgesetzte Lohn-/Einkommensteuer	
	Anzahl	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%
1 — 25 000	344 344	38	4 383	13	3 060	11	372	6
25 000 — 50 000	358 150	40	12 855	38	10 120	37	1 754	29
50 000 — 75 000	131 906	15	7 906	24	6 622	24	1 365	22
75 000 — 100 000	36 808	4	3 128	9	2 706	10	685	11
100 000 und mehr	27 518	3	5 323	16	4 823	18	1 895	31
Zusammen	898 726	100	33 595	100	27 331	100	6 071	100
Verlustfälle	61 235	-	- 264	-	- 542	-	0	-
Insgesamt	959 961	X	33 331	X	26 789	X	6 071	X

ten Steuern. Bei weiteren 40 % liegt der Gesamtbetrag der Einkünfte zwischen 25 000 und 50 000 DM; sie erzielten 37 % der Einkommen und hatten 29 % der festgesetzten Steuern zu zahlen. Mehr als drei Viertel der Steuerpflichtigen liegen mit ihrem GdE also unter 50 000 DM. Auf 100 000 DM und mehr des Gesamtbetrages der Einkünfte kommen dagegen nur 3 % der Steuerpflichtigen. Diese beziehen fast ein Fünftel aller Einkommen und tragen fast ein Drittel der Steuerlast.

Die Größenklasseneinteilung enthält nicht die sog. Verlustfälle, die sich ergeben, wenn die Veranlagung ein negatives Einkommen aufweist, das bereits bei der Summe der Einkünfte oder erst nach Abzug der Sonderausgaben und außergewöhnlichen Belastungen negativ geworden sein kann. Diese 61 235 Verlustfälle und dazugehörenden Beträge werden deshalb getrennt nachrichtlich ausgewiesen. Für Länder-, Kreis- und Gemeindevergleiche werden üblicherweise die Verlustfälle mitberücksichtigt, d. h. bei der Bildung von regionalen Kennziffern müssen diese Steuerpflichtigen hinzugezählt und die Beträge entsprechend abgezogen werden. In den folgenden Vergleichsbetrachtungen der Regionalergebnisse werden daher die Verlustfälle in die Berechnungen einbezogen.

Unter Berücksichtigung der Verlustfälle gab es in Schleswig-Holstein 1983 959 961 Steuerpflichtige. Sie vereinigten einen Gesamtbetrag der Einkünfte von 33,331 Mrd. DM, ein Einkommen von 26,789 Mrd. DM, und für sie wurden 6,071 Mrd. DM Einkommen-/Lohnsteuer festgesetzt. Je Steuerpflichtigen waren das 34 720 DM Gesamtbetrag der Einkünfte, 27 907 DM Einkommen und 6 324 DM festgesetzte Steuer. Je Einwohner betrug am 31. 12. 1983 in Schleswig-Holstein der GdE 12 738 DM, das Einkommen 10 238 DM und die festgesetzte Einkommen-/Lohnsteuer 2 320 DM.

Steuerpflichtige mit Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit und mit ihrem Bruttolohn 1983

Gesamtbetrag der Einkünfte von ... bis unter ... DM	Steuerpflichtige	Bruttolohn in Mill. DM
1 — 25 000	308 942	4 927
25 000 — 50 000	342 307	13 549
50 000 — 75 000	125 817	8 001
75 000 — 100 000	33 658	2 829
100 000 und mehr	21 453	2 178
Verlustfälle	48 887	257
Zusammen	881 064	31 741

Einschließlich der Verlustfälle entfiel 1983 auf 881 064 Steuerpflichtige mit Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit ein Bruttolohn von 31,741 Mrd. DM. Der durchschnittliche Bruttolohn je Steuerpflichtigen betrug in Schleswig-Holstein entsprechend 36 026 DM.

Daß Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit die bei weitem wichtigste Einkommensquelle sind, zeigt sich daran, daß 881 064 oder 92 % aller Steuerpflichtigen Bruttolohn zu versteuern hatten. Bruttolohn ist hier ein steuertechnischer Begriff. Er schließt nicht nur die Löhne, sondern auch die Gehälter, die Beamtenbezüge und — soweit sie besteuert werden — auch die Pensionen und die Ertragsanteile der Renten mit ein.

Der Bruttolohn macht sogar 95 % des Gesamtbetrages der Einkünfte (GdE) aller Steuerpflichtigen aus. In den einzelnen Größenklassen des Gesamtbetrages der Einkünfte hat der Bruttolohn allerdings sehr unterschiedliches Gewicht. In der GdE-Größenklasse von 1 bis unter 25 000 DM ist der Bruttolohn jener 309 000 Steuerpflichtigen, die Arbeitnehmereinkünfte hatten, mit fast 5 Mrd. DM sogar höher als der Gesamtbetrag der Einkünfte aller 344 000 Steuerpflichtigen dieser GdE-Größenklasse. Das liegt außer an den genannten definitorischen Differenzen (Werbungskosten und spezielle Freibeträge) auch daran, daß beim GdE bereits eine Saldierung mit negativen Einkünften — in erster Linie wohl aus Vermietung und Verpachtung — stattgefunden hat. Der gleiche Effekt zeigt sich in abgeschwächter Form auch bei den beiden nächsthöheren Größenklassen der Tabelle. Erst in der GdE-Kategorie 75 000 bis 100 000 DM sind die positiven Nicht-Arbeitnehmer-Einkünfte so bedeutend, daß der GdE höher ist als der Bruttolohn, den diese Steuerpflichtigen erhielten. Aber sogar bei den Steuerpflichtigen mit über 100 000 DM GdE ist nichtselbständige Arbeit der Zahl der Steuerpflichtigen und auch dem Betrag nach eine bedeutende Einkunftsart. Dies sicherlich auch deshalb, weil häufig die mithelfenden Ehegatten von Selbständigen, Freiberuflern oder Landwirten arbeits- und steuerrechtlich als Arbeitnehmer in Erscheinung treten. Von den rund 28 000 Steuerpflichtigen mit über 100 000 DM GdE bezogen 78 % auch Bruttolohn. Dessen Anteil am GdE dieser Größenklasse betrug 41 %.

Kreisergebnisse

In den folgenden Ausführungen werden die Regionaldaten im ersten Schritt nach den Durchschnittswerten der Bezugsgrößen GdE, Einkommen, festgesetzte Einkommen-/ Lohnsteuer und Bruttolohn je Steuer-

pflichtigen und im zweiten Schritt nach ihrem Anteil am Landesgesamtergebnis analysiert.

Betrachtet man die Einkommensschichtung der kreisfreien Städte und der Landkreise nach dem durchschnittlichen Gesamtbetrag der Einkünfte (GdE je Steuerpflichtigen), so ergibt sich folgende Rangfolge:

Kreis/ KREISFREIE STADT	Gesamt- betrag der Einkünfte	Ein- kommen	Festge- setzte Steuer	Brutto- lohn ¹
DM je Steuerpflichtigen				
Stormarn	42 889	35 508	8 918	44 300
Pinneberg	40 246	33 098	8 153	41 367
Segeberg	39 942	32 631	7 765	41 914
Hzgt. Lauenburg	36 682	29 592	6 945	37 571
Rendsburg-Eckernförde	34 421	27 457	6 059	36 056
Plön	33 904	26 970	5 876	36 272
Steinburg	32 666	25 940	5 547	33 256
Ostholstein	32 586	25 686	5 616	33 238
FLENSBURG	32 142	25 846	5 835	33 249
Schleswig-Flensburg	31 631	24 682	5 127	33 076
KIEL	31 483	25 582	5 463	33 651
NEUMÜNSTER	31 437	25 126	5 292	32 804
LÜBECK	31 170	24 954	5 562	31 854
Dithmarschen	30 829	23 901	4 950	31 627
Nordfriesland	30 211	23 300	4 919	30 889

1) Durchschnittsbildung je Steuerpflichtigen mit Bruttolohn

Beim Vergleich der Kreisergebnisse aus der Lohn- und Einkommensteuerstatistik ergeben sich bemerkenswerte Unterschiede. Auffällig ist, daß die kreisfreien Städte am Ende nur noch vor der Westküste rangieren und daß nur die Kreise Stormarn, Pinneberg, Segeberg und Hzgt. Lauenburg — also die an Hamburg grenzenden Kreise — über dem Landesdurchschnitt liegen. Während der Kreis Steinburg hinter Rendsburg-Eckernförde und Plön den mittleren Rang einnimmt, übertrifft Stormarn mit dem ersten Rang sogar Hamburg (mit einem GdE je Steuerpflichtigen von 40 834 DM).

Das gleiche Bild ergibt sich beim Vergleich der Einkommen je Steuerpflichtigen und der festgesetzten Einkommen-/Lohnsteuer je Steuerpflichtigen mit leichten Verschiebungen am Ende der Skala.

Beim Bruttolohn je Steuerpflichtigen liegen die ersten sechs Kreise über dem Landesdurchschnitt und Stormarn, Pinneberg und Segeberg sogar über dem Hamburger Durchschnitt.

Bestätigt wird diese Rangfolge mit kleineren Verschiebungen, wenn entsprechende Berechnungen je Einwohner angestellt werden.

KREISFREIE STADT Kreis	Steuer- pflich- tige	Bevöl- kerung	Gesamt- betrag der Ein- künfte	Festge- setzte Eink.-/ Lohn- steuer	Brutto- lohn
Anteil am Landeswert in %					
FLENSBURG	3,5	3,3	3,2	3,2	3,3
KIEL	9,8	9,5	8,9	8,5	9,5
LÜBECK	8,9	8,2	8,0	7,8	8,0
NEUMÜNSTER	3,2	3,0	2,9	2,7	3,0
Dithmarschen	4,7	5,0	4,2	3,7	4,0
Hzgt. Lauenburg	6,1	6,0	6,5	6,7	6,4
Nordfriesland	5,6	6,2	4,9	4,4	4,6
Ostholstein	6,9	7,4	6,5	6,1	6,3
Pinneberg	10,6	9,9	12,3	13,7	12,3
Plön	4,5	4,5	4,4	4,2	4,5
Rendsburg-Eckernförde	9,1	9,4	9,0	8,7	9,0
Schleswig-Flensburg	6,3	7,0	5,7	5,1	5,7
Segeberg	8,0	8,2	9,2	9,9	9,4
Steinburg	4,9	4,9	4,6	4,3	4,5
Stormarn	7,9	7,4	9,7	11,1	9,7
Schleswig-Holstein	100	100	100	100	100

Eine differenziertere Aussage für den regionalen Vergleich nach Kreisen gewinnt man aus der Darstellung mit den Anteilen an den Steuerpflichtigen, dem Gesamtbetrag der Einkünfte, der festgesetzten Steuer und dem Bruttolohn insbesondere im Vergleich mit dem Anteil an der Wohnbevölkerung des Landes.

Der Vergleich zwischen den Kreisen bestätigt auch bei diesen Anteilswerten die relative Stärke der Nachbarkreise zu Hamburg. So entfallen auf den Kreis Pinneberg mit 9,9 % der Bevölkerung 10,6 % der Steuerpflichtigen, 12,3 % des Gesamtbetrages der Einkünfte und 12,3 % des Bruttolohns, aber 13,7 % der festgesetzten Lohn-/Einkommensteuer. Für den Kreis Stormarn ergeben sich bei einem Bevölkerungsanteil von 7,4 % und Steuerpflichtigenanteil von 7,9 % jeweils 9,7 % des GdE und des Bruttolohns, aber 11,1 % der festgesetzten Lohn-/Einkommensteuer. Während die kreisfreien Städte intern relativ ausgeglichene Ergebnisse mit fallenden Steueranteilen aufweisen, verschlechtern sich die internen Relationen bei den landwirtschaftlich strukturierten Landkreisen, insbesondere der Westküste. Auf den Kreis Nordfriesland entfallen bei 6,2 % der Bevölkerung und 5,6 % der Steuerpflichtigen nur 4,9 % des GdE bzw. 4,6 % des Bruttolohns und 4,4 % der festgesetzten Lohn-/Einkommensteuer.

Leonhard Gawlik

Sozialer Wohnungsbau

Das Wohnungsbaugesetz

Mit dem sozialen Wohnungsbau erhöht der Staat das Angebot an preisgünstigem Wohnraum für den Kreis einkommensschwacher Familien, die bei einer rein marktwirtschaftlich ausgerichteten Wohnungsbedarfsdeckung stark belastet wären. Im Gegensatz zum Wohngeld, das auf den einzelnen Wohnungsinhaber abstellt (Subjektförderung), ist der soziale Wohnungsbau an das Bauobjekt gebunden (Objektförderung).

Die Förderung des Wohnungsbaus als öffentliche Aufgabe stellte sich vorrangig nach dem Zweiten Weltkrieg, um der gravierenden Wohnungsnot als Folge der Kriegszerstörung und der Zunahme der Bevölkerung durch Flüchtlinge und Vertriebene zu begegnen. Mit dem I. Wohnungsbaugesetz von 1950 gab sich die Bundesregierung die gesetzliche Grundlage, die Wohnungswirtschaft nachhaltig zu beeinflussen. Das Gesetz unterscheidet zwischen öffentlich gefördertem, steuerbegünstigtem und frei finanziertem Wohnungsbau und nennt als Förderungsmaßnahmen den Einsatz öffentlicher Mittel, Steuervergünstigungen, Übernahme von Bürgschaften sowie Bereitstellung von Bauland durch Bund, Länder und Gemeinden. Das I. Wohnungsbaugesetz hat nur noch für Wohnungen Gültigkeit, die bis 1956 fertiggestellt wurden.

1956 trat das II. Wohnungsbaugesetz (II. WoBauG) in Kraft, das — zwischenzeitlich mehrmals novelliert — bis heute gilt. Die Dreiteilung des Wohnungsbaus und die wesentlichen Förderungsmaßnahmen des I. Wohnungsbaugesetzes wurden übernommen, daneben aber weitere Ziele und Kriterien der Förderung gesetzt. So sollen bestimmte Sozialgruppen wie Familien mit geringem Einkommen, kinderreiche Familien und Schwerkriegsbeschädigte bevorzugt gefördert sowie die Eigentumbildung durch Förderung des Eigenheimbaus breiten Schichten der Bevölkerung ermöglicht werden und städtebauliche Kriterien Berücksichtigung finden. Die hierfür vorgesehene Subventionierung erfolgt über den sogenannten ersten Förderungsweg, worunter der traditionelle öffentlich geförderte soziale Wohnungsbau zu verstehen ist. Mit Hilfe von günstigen öffentlichen Baudarlehen, Familienzusatzdarlehen und Aufwendungshilfen wird im ersten Förderungsweg der Wohnungsbau für den nach § 25 II. WoBauG begünstigten Personenkreis gefördert. Danach sind grundsätzlich nur solche Haushalte förderungsberechtigt, deren jährliches Gesamteinkommen im Jahr der

Antragstellung z. Zt. folgende Einkommensgrenzen nicht überschreiten:

Haushalte mit 1 Person	21 600 DM
Haushalte mit 2 Personen	31 800 DM
Haushalte mit 3 Personen	39 800 DM
Haushalte mit 4 Personen	47 800 DM

Die Einkommensgrenzen können aufgrund der individuellen Situation des Antragstellers variieren.

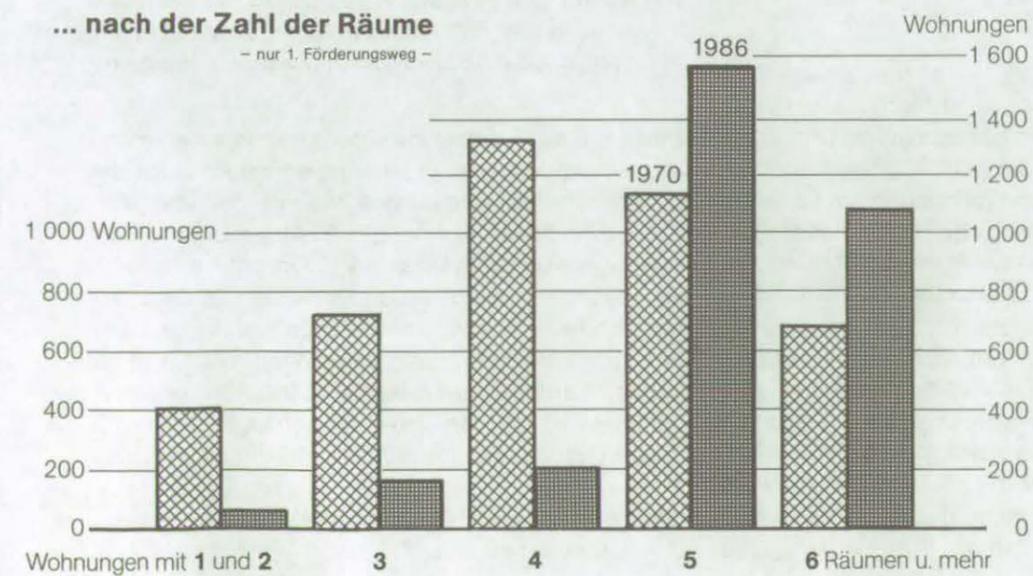
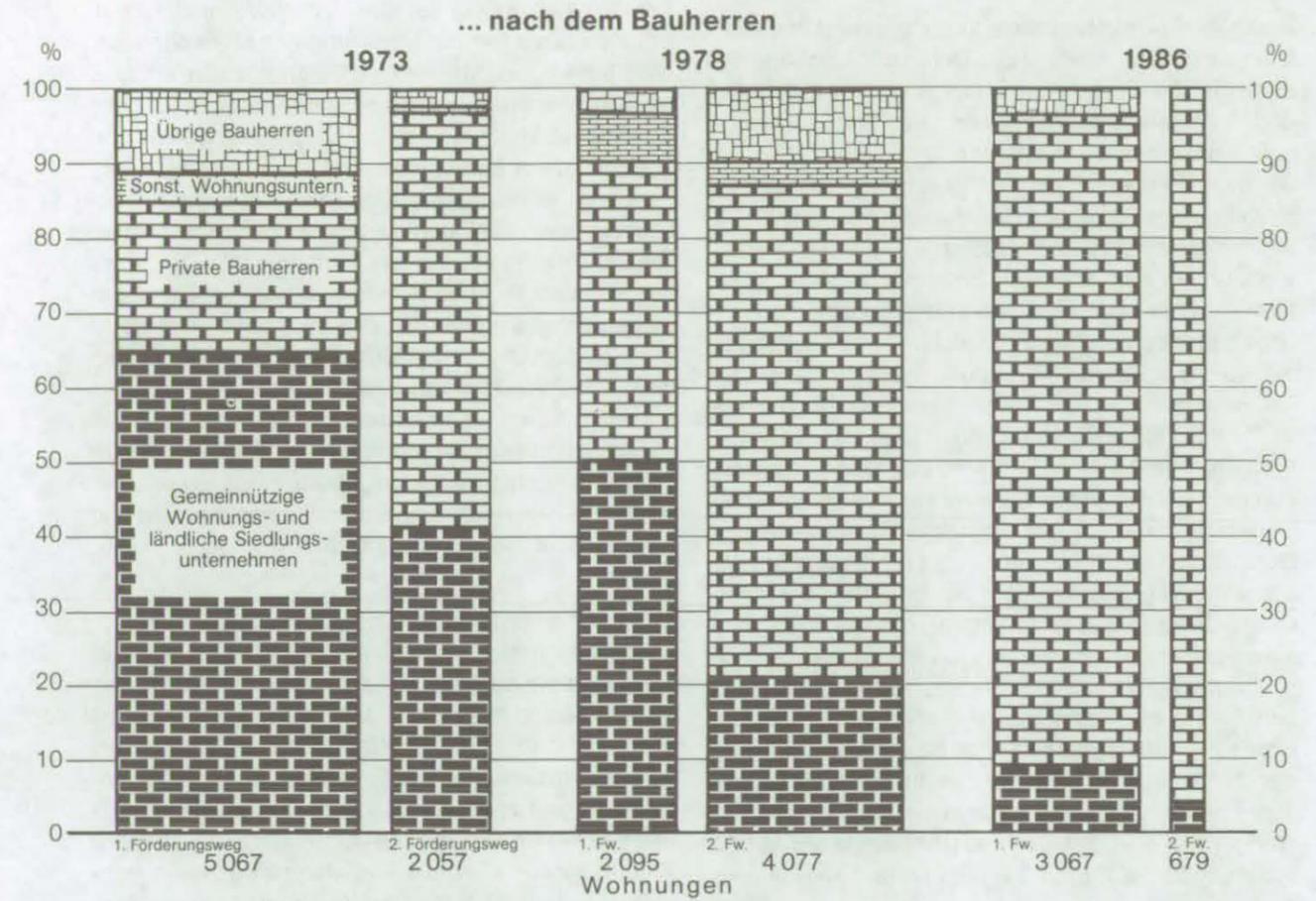
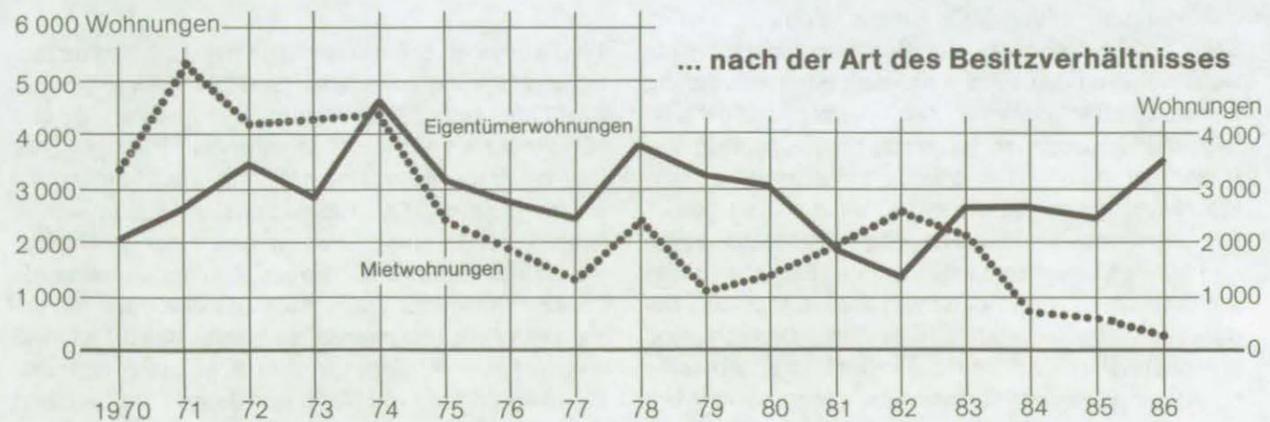
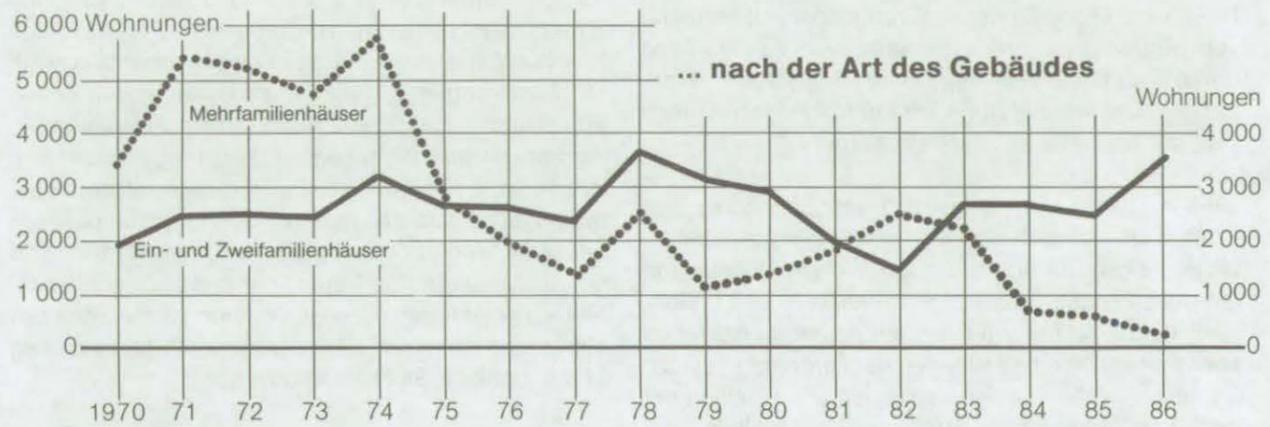
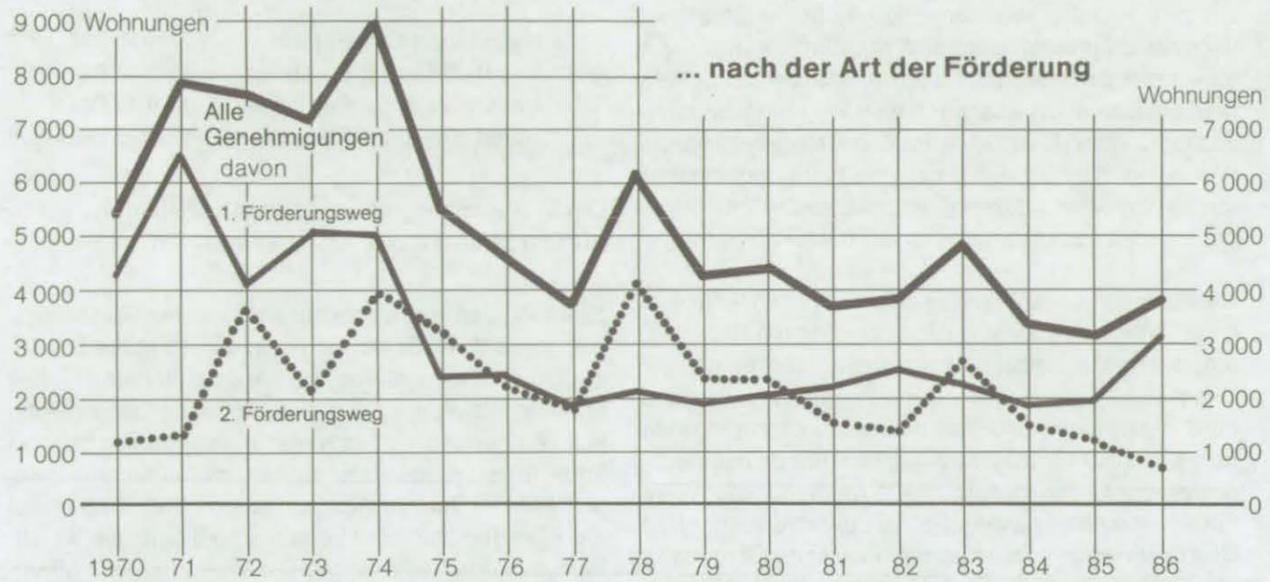
Seit 1965 werden im sogenannten zweiten Förderungsweg (§ 88 II. WoBauG) im Rahmen des steuerbegünstigten Wohnungsbaus und damit außerhalb des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaus zusätzlich Wohnungen mit befristeten Aufwendungsdarlehen subventioniert, die dazu dienen, die laufenden Belastungen des Bauherren zu reduzieren. Zielgruppen dieser Förderungsart sind Personen, die gemäß § 88 a II. WoBauG durch den Bezug der Wohnung eine öffentlich geförderte Wohnung freimachen oder deren Jahreseinkommen die in § 25 II. WoBauG bestimmte Einkommensgrenze um nicht mehr als 40 % übersteigt. Im Einzelfall ist die Finanzierungshilfe über den zweiten Förderungsweg geringer als die über den ersten Förderungsweg. Um die quantitativen Auswirkungen der zweigeteilten Wohnungsbauförderung darzustellen, ist in § 32 II. WoBauG die Bewilligungsstatistik angeordnet, die als Jahresergebnis wohnungsbaupolitisch relevante Merkmale aufbereitet und hier Gegenstand der Ausführungen ist. Daten über den traditionellen öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau liegen seit 1953 vor. 1968 wurde auch der zweite Förderungsweg in die amtliche Statistik einbezogen.

Geförderte Wohnungen

1986 wurden in Schleswig-Holstein im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus Mittel für 3 746 Wohnungen bewilligt, das sind 22 % Wohnungen mehr als 1985 und 10 % mehr als 1984. Bei anhaltendem Rückgang der Baunachfrage im gesamten Wohnbau ein bemerkenswertes Ergebnis. Offensichtlich haben neben den öffentlichen Förderungsprogrammen niedrige Kapitalmarktzinsen und relativ stabile Baulandpreise sowie Baukosten die Nachfrage nach Sozialwohnungen positiv beeinflusst, und zwar so nachhaltig, daß die für 1986 vorgesehenen Förderungsmittel nicht ausreichten und durch Vorgriff auf die Mittel des Jahres 1987 ergänzt

Sozialer Wohnungsbau

Bewilligte Wohnungen 1970 bis 1986



1. Förderungsweg
Im 1. Förderungsweg wird der Wohnungsbau für den nach § 25 II. WoBauG begünstigten Personenkreis mit öffentlichen Mitteln im Sinne des § 6 Abs. 1 II. WoBauG gefördert. Er umfasst den traditionellen „öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau“.

2. Förderungsweg
Im 2. Förderungsweg werden Bauvorhaben im Rahmen des steuerbegünstigten Wohnungsbaus mit Mitteln aus öffentlichen Haushalten gefördert, die nicht als öffentliche Mittel im Sinne des § 6 Abs. 1 II. WoBauG gelten. Die geförderten Wohnungen werden in der Regel Personen überlassen, die durch den Bezug eine öffentlich geförderte Wohnung freimachen oder deren Jahreseinkommen die in § 25 II. WoBauG bestimmte Einkommensgrenze nicht um mehr als 40 v. H. übersteigt.

werden mußten. Anders dagegen die Entwicklung im Bundesgebiet, für das 1986 mit rund 52 000 geförderten Wohnungen das weitaus niedrigste Ergebnis seit Bestehen der Bundesrepublik gemeldet wurde. Das sind 24 % weniger Wohnungen als im Jahr davor.

In Schleswig-Holstein konnte trotz der zuletzt beobachteten steigenden Tendenz das Durchschnittsniveau der ersten Hälfte dieses Jahrzehnts von gut 4 000 geförderten Wohnungen nicht ganz erreicht werden. Beeinflußt wurde das Bewilligungsvolumen durch die von Bund und Ländern Ende 1982 beschlossenen Sonderprogramme zur Belebung des sozialen Wohnungsbaus, die in Schleswig-Holstein 1983 mit 4 849 geförderten Wohnungen zum höchsten Ergebnis der 80er Jahre führten. Nach Auslaufen der Sonderprogramme und infolge der selbstauferlegten Zurückhaltung des Bundes bei der Förderung des Wohnungsbaus ging die Zahl der Bewilligungen 1984 gegenüber dem Vorjahr um 31 % und 1985 noch einmal um 8 % zurück. Im langfristigen Trend hat sich die Nachfrage nach Sozialwohnungen der rückläufigen Entwicklung im Wohnungsbau insgesamt angepaßt. Das Bewilligungsvolumen lag im Durchschnitt der 70er Jahre bei gut 6 100 Wohnungen. Das sind zwar deutlich mehr als im Mittel der letzten sieben Jahre (3 800 Wohnungen), das Förderungsvolumen zur Zeit des Wiederaufbaus konnte damit jedoch nicht annähernd erreicht werden. Von 1953 bis 1959 bewilligten die zuständigen Stellen in Schleswig-Holstein durchschnittlich 14 100 Wohnungen, die meisten 1953 mit 18 000 Wohnungen. Im Durchschnitt der Jahre 1960 bis 1969 wurden immerhin noch gut 11 700 Wohnungen öffentlich gefördert. Mit wiederum 18 000 Wohnungen fiel 1962 das größte Förderungsvolumen an.

Die Förderungsstruktur

Der Anstieg der Bewilligungen ist durch die verstärkte Subventionierung im ersten Förderungsweg begründet. Gegenüber 1985 stiegen die im traditionellen sozialen Wohnungsbau geförderten Wohnungen um 58 % auf 3 067 Einheiten. Gleichzeitig gingen die im zweiten Förderungsweg bewilligten Wohnungen um 39 % auf 679 Einheiten zurück. Das führte zu einem Anteil der im ersten Förderungsweg genehmigten Wohnungen von 82 % und damit zum höchsten Anteilswert nach 1971 (84 %), 1969 (85 %) und 1968 (85 %). In anderen Jahren dominierte, wenn auch nicht in gleichem Maße, der zweite Förderungsweg. So bewilligte man 1975 57 % der 5 497 Wohnungen für die etwas einkommenstärkeren Antragsteller. 1978 waren das sogar 66 % aller Förderungsfälle. In den Jahren 1979 (56 %), 1980

(53 %) und 1983 (54 %) überwog ebenfalls der Anteil der im zweiten Förderungsweg subventionierten Wohnungen. In den übrigen Jahren aber waren die meisten Förderungsfälle solche des ersten Förderungsweges.

Primäre Zielsetzung der staatlichen Wohnungspolitik früherer Jahre war die Förderung des Mietwohnbaus, die überwiegend im ersten Förderungsweg erfolgte, während der zweite Förderungsweg vorrangig auf die Eigentumsbildung in Form von Eigentümerwohnungen abstellte. Unter Eigentümerwohnungen sind die eigengenutzten Wohnungen in Ein-, Zwei- und Mehrfamilienhäusern sowie die Eigentumswohnungen zu verstehen. Die Zielsetzung des traditionellen öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaus hat sich im Laufe der Jahre dergestalt geändert, daß auch mit ihm verstärkt die Eigentumsbildung gefördert wird. 1968 teilten sich die 7 486 Bewilligungen zu 65 % auf Mietwohnungen und zu 35 % auf Eigentümerwohnungen auf. Die 6 358 im ersten Förderungsweg bewilligten Wohnungen wurden zu 70 % als Mietobjekte geplant, wogegen im zweiten Förderungsweg die Eigentümerwohnungen mit einem Anteil von 68 % deutlich überwogen.

Zehn Jahre später hatte sich die Förderungsstruktur kräftig zugunsten des Wohnungseigentums verschoben, und zwar als Folge der oben erwähnten veränderten Zielsetzung des ersten Förderungsweges. Von allen 6 172 im Jahre 1978 bewilligten Wohnungen waren 62 % Eigentümer- und 38 % Mietwohnungen. Der Anteil der Eigentümerwohnungen am ersten Förderungsweg war auf 48 % gestiegen gegenüber 30 % im Jahre 1968. Dagegen blieb die Förderungsstruktur im Rahmen des steuerbegünstigten Wohnungsbaus insofern unverändert, als stets deutlich mehr Eigentümer- als Mietwohnungen gefördert wurden. 1978 war der Anteil subventionierter Eigentümerwohnungen im zweiten Förderungsweg mit 68 % so hoch wie zehn Jahre davor.

Die verstärkte Tendenz zur Eigentumsförderung im ersten wie im zweiten Förderungsweg zeigen auch die Ergebnisse der letzten Jahre. 1986 wurden von allen 3 746 geförderten Wohnungen 92 % als Eigentümerwohnungen bewilligt. Dies sind 12 Prozentpunkte mehr als 1985. Nach den Kriterien des ersten Förderungsweges bewilligte man zu 91 % Eigentümerwohnungen und zu nur noch 9 % Mietwohnungen. Die Mittel im zweiten Förderungsweg dienten 1986 ausschließlich der Eigentumsbildung. Von den 3 460 Eigentümerwohnungen war der weitaus geringere Teil, nämlich knapp 1 %, als Eigentumswohnungen geplant. In den vorangegangenen Jahren lag dieser Anteil mit Werten um 3 % etwas höher.

Entsprechend der geänderten wohnpolitischen Zielsetzung wurde in den letzten Jahren überwiegend der Bau von Ein- und Zweifamilienhäusern, also von Eigenheimen bewilligt. Der Anteil von Wohnungen in Eigenheimen an allen geförderten Wohnungen betrug 1986 92 %, der von Wohnungen in Mehrfamilienhäusern also nur noch 8 %. Gegenüber 1985 ist die Quote der Eigenheime im sozialen Wohnungsbau um 11 Punkte gestiegen. Getragen wird die Dominanz der Eigentumsbildung durch den Wunsch nach dem Einfamilienhaus. Im vorliegenden Berichtsjahr wurden von den 3 445 Wohnungen in Eigenheimen 96 % als Wohngebäude mit einer Wohnung gefördert. Zu Zeiten, als die klassischen Sozialmietwohnungen im Mittelpunkt der Förderung standen, bewilligte man vor allem Mehrfamilienhäuser. 1968 belief sich der Anteil der geförderten Wohnungen in Wohngebäuden mit drei und mehr Wohnungen auf 63 %.

Die Bauherrenstruktur

Die Förderung des Wohnungsbaus kann direkt bei der Familie als Nachfrager nach Bauleistungen ansetzen. Neben diesen privaten Bauherren engagieren sich auf dem Wohnungsmarkt vor allem Unternehmen als Bauherren, die außer auf dem freien auch im sozialen Wohnungsbau tätig werden, und zwar dergestalt, daß sie mit Hilfe der öffentlichen Mittel Wohnungen „auf Lager“ bauen, um sie dann an den vom Gesetzgeber definierten Personenkreis zu vermieten oder zu verkaufen. Die öffentliche Förderung soll sich — indirekt — in Form günstiger Mieten und Belastungen niederschlagen. Wichtigste Bauherrengruppe der Unternehmen sind die gemeinnützigen Wohnungs- und ländlichen Siedlungsunternehmen. Neben ihnen spielen die anderen Wohnungs- und Nichtwohnungsunternehmen sowie die öffentlichen Bauherren und Organisationen ohne Erwerbscharakter eine nur untergeordnete Rolle im sozialen Wohnungsbau.

Die Grundidee der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft, Wohnungen für den „kleinen Mann“ zu kostendeckenden Mieten bereitzustellen und Vermögen für gemeinnützige Zwecke zu binden, eilte der gesetzlichen Förderung des sozialen Wohnungsbaus weit voraus. Schon 1848 wurde in Berlin das erste gemeinnützige Wohnungsunternehmen gegründet. Vor allem in der Rechtsform der Genossenschaft erlebte die gemeinnützige Wohnungswirtschaft nach der Verabschiedung des Genossenschaftsgesetzes 1889 einen spürbaren Aufschwung. Besonders aber stieg die Zahl der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen in Zeiten

extremer Wohnungsnot, so zuletzt nach dem 2. Weltkrieg, und sie behielten ihre überragende Bedeutung im sozialen Wohnungsbau, solange dort der Bedarf an Wohnungen überwiegend durch Mietwohnungen im Mehrfamilienhäusern und nicht durch Eigenheime gedeckt wurde.

Daten über die Bauherrenstruktur liegen in den frühen Jahren der Bewilligungsstatistik nur für den voll geförderten reinen Wohnbau vor. Hierbei handelt es sich um Wohnbauten, die ausschließlich geförderte Wohnungen enthalten. Seit den 70er Jahren ist eine Unterscheidung nach den verschiedenen Bauherren für alle geförderten Wohnungen möglich.

1954 wurden von den rund 11 000 Wohnungen im voll geförderten reinen Wohnbau 57 % von gemeinnützigen Wohnungsunternehmen zum Bau übernommen, während 41 % der Bewilligungen an private Haushalte erteilt wurden. Auch in den folgenden Jahren blieben die gemeinnützigen Wohnungs- und ländlichen Siedlungsunternehmen die mit Abstand bedeutendste Bauherrengruppe. Ihr Anteil betrug 1960 58 %, 1965 54 % und 1972 62 %. Noch 1973 traten als Bauherren der 7 126 bewilligten Wohnungen zu 58 % der Fälle gemeinnützige Wohnungsunternehmen auf. Bei den im ersten Förderungsweg geförderten Wohnungen belief sich dieser Anteil sogar auf 65 % gegenüber nur 41 % der im zweiten Förderungsweg subventionierten Wohnungen, was durch den hohen Anteil bewilligter Eigentümerwohnungen erklärt werden kann.

Als Folge des Trends zur Eigentumsbildung auch im ersten Förderungsweg änderte sich die Struktur der Bauherren. Als erstmals 1974 und in den folgenden Jahren verstärkt mehr Eigentümerwohnungen als Mietwohnungen bewilligt wurden, ging der Anteil gemeinnütziger Wohnungsunternehmen unter den Bauherren immer mehr zurück, gleichzeitig stieg der Anteil privater Bauherren deutlich an. Die 8 972 im Jahre 1974 geförderten Wohnungen wurden zu 53 % von gemeinnützigen Wohnungs- und ländlichen Siedlungsunternehmen gebaut. Dieser Anteil betrug 1975 31 % und 1980 nur noch 22 %. In den gleichen Jahren erhöhte sich der Anteil privater Bauherren von 34 % über 52 % auf 73 % und erreichte schließlich 1986 mit 90 % einen Anteilswert, der aufgrund der Tatsache, daß von den 3 746 Wohnungen 92 % als Eigentümerwohnungen bewilligt wurden, auch zu erwarten war. Im zweiten Förderungsweg, der 1986 ausschließlich das Eigentum an Wohnungen förderte, betrug der Anteil privater Bauherren 96 % und der der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen 4 %. Diese waren am Förderungsvolumen des ersten Förderungsweges mit 9 %

beteiligt. Der Anteil privater Bauherren belief sich hier auf 88 %.

Die Wohnungsgrößen

Nachdem die größte Wohnungsnot nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem durch die Förderung von Mietwohnungen beseitigt war, begann man auch im sozialen Wohnungsbau die Wohnverhältnisse zu verbessern. Der Forderung, im Zuge einer allgemeinen Wohlstandssteigerung für breite Bevölkerungsschichten auch angemessenen familiengerechten Wohnraum zu schaffen, entsprach man, indem verstärkt Sozialwohnungen mit mehr und auch größeren Räumen geplant und gebaut wurden. Zahlen über diese Entwicklung liegen für die im ersten Förderungsweg geförderten Wohnungen vor. Da im zweiten Förderungsweg vor allem die Eigentumsbildung für kinderreiche Familien im Mittelpunkt steht, kann davon ausgegangen werden, daß der Trend zu größeren Wohneinheiten für das gesamte Förderungsvolumen noch ausgeprägter ist als die im folgenden beschriebene Entwicklung im ersten Förderungsweg.

Die Zahl der Räume als Kriterium der Wohnungsgröße umfaßt alle Zimmer mit mindestens 6 qm und Küchen. Eine Vierraumwohnung hat demzufolge drei Zimmer über 6 qm und eine Küche. Diese Wohngröße hatte 1986 mit einem Anteilswert von 7 % eine ebenso geringe Bedeutung wie die Dreiraumwohnung (5 %) und die sogenannte Kleinstwohnung (2 %), die ein oder zwei Räume aufweist. Entsprechend der gezielten Förderung von Eigenheimen für kinderreiche Familien verhält sich heute der Anteil großer Wohnungen: 86 % der 1986 im ersten Förderungsweg bewilligten Wohnungen waren mit 5 und mehr Räumen geplant, darunter 35 % mit 6 und mehr Räumen. Auch 1985 (77 %) und 1984 (71 %) waren Wohnungen mit mindestens 5 Räumen die weitaus gefragteste Kategorie.

Das war nicht immer so. 1955 betrug der Anteil großer Wohnungen 15 %, darunter hatte nur jede fünfte 6 und mehr Räume. Die Vier- und die Dreiraumwohnung waren mit Anteilen von 38 % und 35 % etwa gleich stark ins Förderungsprogramm aufgenommen worden. Die Vierraumwohnung blieb bis Anfang der 70er Jahre bevorzugte Wohnungsgröße, doch zeichnete sich damals schon das Vordringen größerer Wohnungen ab. Gleichzeitig ging die Zahl der Dreiraumwohnungen zurück, die im allgemeinen kinderlosen Ehepaaren ausreichend Wohnraum bieten. Die in erster Linie für alleinstehende Personen konzipierte Kleinstwohnung hatte lange Zeit einen relativ konstanten Anteil. 1955 betrug

er 12 %, das war etwa auch der Anteilswert für 1968 (11 %). Im Jahre 1968 lagen die Quoten für Dreiraumwohnungen bei 17 %, für Vierraumwohnungen bei 37 %, für Fünfraumwohnungen bei 23 % und schließlich für Wohnungen mit sechs und mehr Räumen bei 11 %.

In den folgenden Jahren verloren die Vierraumwohnungen ihren Vorrang. Gefördert wurden dagegen immer mehr große Wohnungen, und auch die Dreiraumwohnungen hatten zwischenzeitlich an Bedeutung zugenommen. Ähnlich verhält es sich mit dem Bedarf an Kleinstwohnungen, deren Anteil nach einer rückläufigen Entwicklung wieder anstieg. Der hier skizzierte Strukturwandel spiegelt sich in den Zahlen für 1981 wieder: 10 % der geförderten Wohnungen waren Kleinstwohnungen, 21 % Dreiraumwohnungen, 24 % Vierraumwohnungen, 22 % Fünfraumwohnungen und 24 % Wohnungen mit 6 und mehr Räumen. Abgesehen von den Kleinstwohnungen sind die Anteile für die verschiedenen großen Typen relativ gleich hoch, was sich in den folgenden Jahren ausschließlich zugunsten der großen Wohnungen änderte und mit den eingangs vorgestellten Zahlen für 1986 belegt wird.

Die Verbesserung der Wohnverhältnisse zeigt sich auch darin, daß heute großflächiger gebaut wird als früher. Zahlen hierüber liegen für Schleswig-Holstein seit 1968 vor. Die durchschnittliche Wohnfläche der im ersten Förderungsweg geförderten Wohnungen betrug 1986 98 qm und damit 28 qm mehr als 1968. Für die einzelnen Wohnungsgrößen fiel der Flächenzuwachs unterschiedlich aus. Die durchschnittliche Wohnfläche der Wohnungen mit sechs und mehr Räumen betrug 1986 109 qm, das sind 6 qm mehr als 1968. Für die Fünfraumwohnung, die 1986 mit einem Anteilswert von 51 % die typische Wohngröße war, errechnete sich eine Durchschnittsfläche von 100 qm, die damit um 17 qm über dem Ergebnis von vor 18 Jahren lag. Im gleichen Zeitraum stieg die mittlere Wohnfläche für Vierraumwohnungen von 69 qm auf 89 qm. Zurückgegangen ist dagegen die Wohnungsgröße für Dreiraumwohnungen, nämlich von 54 qm auf 50 qm, und für Kleinstwohnungen, deren Durchschnittsfläche mit 32 qm um 6 qm unter dem Wert von 1968 liegt. Nach den gesetzlichen Bestimmungen soll in der Regel die Wohnfläche einer Wohnung 50 qm nicht unterschreiten, und für Wohnungen für Alleinstehende wird von einer unteren Wohnflächengrenze von 40 qm ausgegangen. Bei der relativ geringen Zahl kleiner Wohnungen fällt der Rückgang ihrer Durchschnittsfläche allerdings kaum ins Gewicht. Die deutliche Verbesserung der räumlichen Ausstattung bewirkt dabei eindeutig der Eigenheimbau. Die durchschnittliche Wohnfläche der Ein- und Zweifami-

liehnhäuser betrug 1986 103 qm, 18 qm mehr als 1968. Die Wohnungsgröße im Mehrfamilienhaus ging dagegen im gleichen Zeitraum leicht zurück, nämlich von 63 qm auf 61 qm.

Die Finanzierung

Für 3 746 bewilligte Wohnungen wurden 1986 Finanzierungsmittel in Höhe von 995 Mill. DM veranschlagt, 23 % mehr als im Vorjahr. Die Gesamtkosten sind damit etwas stärker angestiegen als die Zahl der bewilligten Wohnungen. Dies soll hier nicht weiter bewertet werden, da das Finanzierungsvolumen nicht nur durch die Entwicklung der verschiedenen Kostenarten wie z. B. Grundstücks- und Erschließungskosten sowie vor allem der Kosten des Bauwerks selbst und der Baunebenkosten, sondern auch durch die Zusammensetzung der bewilligten Gebäudearten beeinflusst wird. Da 1986 der Anteil der Eigenheime besonders hoch war und im Durchschnitt das Eigenheim mehr kostet als die Wohnung im Mehrfamilienhaus, müßte bei unveränderten Vergleichsdaten das Finanzierungsvolumen 1986 schon deshalb über dem von 1985 liegen. Daher kann auch die Aussage, daß 1986 die veranschlagten Gesamtkosten je Sozialwohnung knapp 271 000 DM betragen und damit 4 % über dem Vergleichswert des Vorjahres lagen, nur als grobes Eckdatum verstanden werden. Wegen der vielschichtigen Gründe für die Höhe des Finanzierungsvolumens wird hierzu auf die Kommentierung weiter zurückliegender Daten verzichtet.

Die Finanzierungsmittel in Höhe von 995 Mill. DM stammten zu 22 % aus Mitteln der öffentlichen Haushalte. Gegenüber dem Vorjahr sind diese damit um 4 Prozentpunkte gestiegen. Der Anteil der über dem Kapitalmarkt beschafften Mittel betrug 1986 rd. 553 Mill. DM oder 56 %, das ist 1 Prozentpunkt weniger als 1985. Im Anteil zurückgegangen sind auch die Eigenleistungen der Bauherren, nämlich um 3 Punkte auf 20 %. Die restlichen 2 % kamen aus sonstigen Mitteln wie Arbeitgeberdarlehen und Zuschüssen.

Die 1986 eindeutig verstärkte Subventionierung im ersten Förderungswege spiegelt sich auch in der Aufteilung der Finanzierungsmittel wider. Gut 800 Mill. DM waren für Bewilligungen im ersten Förderungswege veranschlagt. Das sind 60 % mehr als im Vorjahr und 80 % der Gesamtkosten. 1985 hatte der Anteil der im ersten Förderungswege geplanten Finanzierungsmittel 62 % betragen. Die veränderte Mittelverwendung führte zu keiner nennenswerten Strukturverschiebung hinsichtlich der Finanzierungsquellen. Weiterhin wurde

der weitaus größte Teil der Mittel über den Kapitalmarkt beschafft, mit 51 % etwas mehr als 1985 (49 %). Der Eigenkapitalanteil der Bauherren ging um einen Punkt auf 20 % zurück, während die Mittel der öffentlichen Haushalte unverändert 27 % ausmachten.

Stärker als noch im ersten Förderungswege wurden die Finanzierungsmittel für den zweiten Förderungswege auf dem Kapitalmarkt beschafft. Von den über 194 Mill. DM — das sind 37 % weniger als 1985 — waren 75 % Kapitalmarktmittel, im Vorjahr hatte sich dieser Anteil auf 72 % belaufen. Dafür ging der Anteil der Eigenleistungen um 3 Punkte auf 22 % zurück. Mittel der öffentlichen Haushalte spielen im zweiten Förderungswege nur eine untergeordnete Rolle. Ihr Anteil blieb mit 2 % gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Die Struktur der Kapitalmarktmittel blieb gegenüber 1985 fast unverändert. Von den insgesamt bereitgestellten 553 Mill. DM machten 1986 die Hypothekarkredite von Pfandbriefinstituten 80 % aus. Gegenüber dem Vorjahr (78 %) ist damit die Bedeutung dieser Institute als Finanzierungsquelle noch größer geworden. Darlehen von Bausparkassen wurden zu 7 % in die Finanzierung durch Kapitalmarktmittel einbezogen, das entspricht dem Anteil von 1985. Mit 5 % unverändert ist die Quote der Kredite, die die Sparkassen den Bauherren zur Verfügung stellten. Der Anteil der von Privat- und Sozialversicherungsträgern geliehenen Mittel ging von 5 % auf 3 % zurück.

Von den Finanzierungsmitteln in Höhe von 995 Mill. DM stammten 233 Mill. DM (23 %) aus Förderungsmitteln. Gegenüber 1985 ist das Förderungsvolumen um 51 % gestiegen. Zu den Förderungsmitteln gehören die Beiträge der Bundes- und Landeshaushalte in Höhe von 219 Mill. DM, die als öffentliche Baudarlehen und zu 98 % im ersten Förderungswege gewährt wurden. Anzumerken ist an dieser Stelle, daß zu diesen öffentlichen Förderungsmitteln auch solche Mittel gehören, die, ohne über öffentliche Haushalte zu laufen, von der Wohnungsbaukreditanstalt Schleswig-Holstein (WKA) auf dem Kapitalmarkt beschafft und als öffentliche Baudarlehen eingesetzt werden. Die WKA ist in Schleswig-Holstein das mit der Abwicklung des sozialen Wohnungsbaus per Gesetz beauftragte Spezialinstitut.

Neben den öffentlichen Baudarlehen gewährt der Staat den Bauherren unter bestimmten Voraussetzungen objektbezogene Beihilfen. Hierbei handelt es sich um Mittel zur Deckung laufender Aufwendungen einschließlich der für die Finanzierung zu entrichtenden Zinsen und Tilgungen. Die objektbezogenen Beihilfen werden als

befristete Aufwendungsdarlehen, Aufwendungszuschüsse, Annuitätshilfen und Zinszuschüsse gezahlt. 1986 erhielten die Bauherren objektbezogene Beihilfen in Höhe von 14 Mill. DM, 14 % mehr als 1985. Fast der gesamte Betrag wurde in Form von Aufwendungsdarlehen gezahlt. Lediglich 101 000 DM erhielten die Bauherren als Zinszuschüsse. Die objektbezogenen Hilfen, die 1986 im übrigen zu drei Viertel im ersten Förderungsweg gewährt wurden, sind allerdings nicht voll-

ständig erfaßt. Das liegt einmal daran, daß aus erhebungstechnischen Gründen nur die erste Jahresrate der Beihilfe erfaßt werden kann, zum anderen daran, daß nur die von Bund und Ländern gewährten Beihilfen nachgewiesen werden.

Friedrich-Karl Wormeck

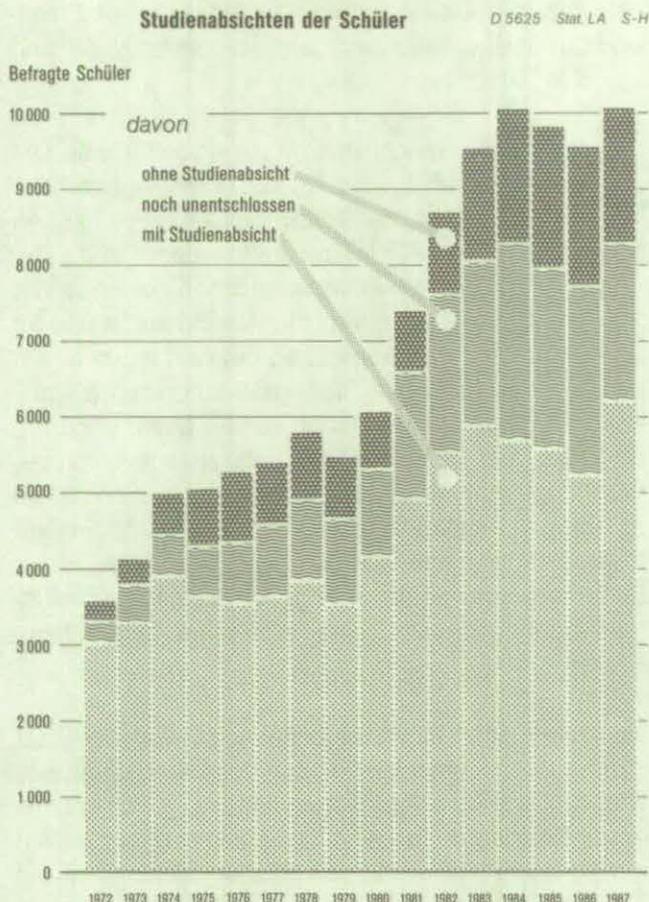
Weitere Angaben im Stat. Bericht F II 5 — j/86.

Kurzberichte

Studien- und Berufswünsche 1987

Das Interesse an einem Studium hat 1987 gegenüber 1986 wieder zugenommen, nachdem in den letzten Jahren grundsätzlich ein Rückgang der Studienneigung zu verzeichnen war. Im Frühjahr 1987 wurden in Schleswig-Holstein 10 042 angehende Abiturienten und Schüler mit angestrebter Fachhochschulreife nach ih-

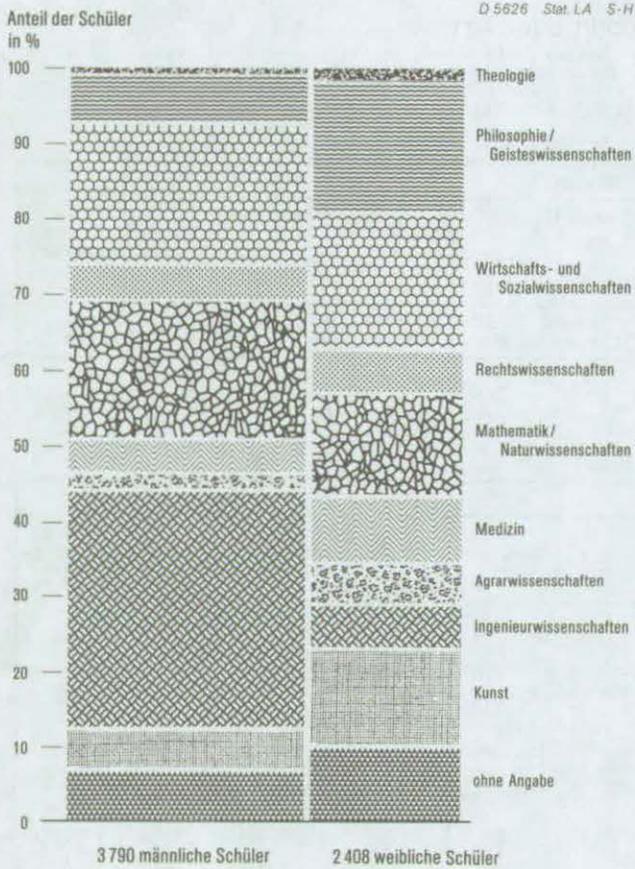
ren Studien- und Berufswünschen befragt. Von ihnen äußerten 6 198 (62 %) die Absicht zu studieren, 1 743 (17 %) wollten nicht studieren und 2 101 (21 %) waren noch unentschieden. Die Zahl der studienwilligen Schüler hat den höchsten absoluten Wert seit Beginn der Erhebung im Jahre 1972 erreicht.



Das Interesse an einem Studium liegt in Schleswig-Holstein erstmals über dem Bundesdurchschnitt. Von den 262 256 befragten Schülern des Bundesgebietes wollten 161 090 (61 %) studieren, von 136 696 liegen Angaben über den gewünschten Studienort vor. Von diesen wollten 3 010 eine Hochschule in Schleswig-Holstein besuchen, und zwar 1 727 eine der drei Universitäten des Landes, 109 eine pädagogische Hochschule und 1 174 eine Fachhochschule. 29 % aller Schüler, die in Schleswig-Holstein studieren wollten, äußerten die Absicht, ihr Studium erst im Anschluß an eine anderweitige Ausbildung zu beginnen.

Von 5 120 studienwilligen schleswig-holsteinischen Schülern liegen Angaben über den gewünschten Studienort vor. 2 069 (40 %) wollten im eigenen Bundesland studieren, 1 423 (28 %) im Nachbarland Hamburg und 394 (8 %) in Niedersachsen. Dieses zeigt, daß Studienorte in der näheren Umgebung bevorzugt werden, wobei Landesgrenzen kaum eine Rolle spielen. Andererseits gaben immerhin 346 (7 %) schleswig-holsteinische Schüler an, in Bayern studieren zu wollen, 299 (6 %) bevorzugten einen Studienort in Baden-Württemberg. Insgesamt scheinen die schleswig-holsteinischen Schüler etwas mobiler geworden zu sein; vor zehn Jahren wollten nur 3 % von ihnen in Bayern und 4 % in Baden-Württemberg studieren.

**Studienwillige Schüler
nach der Fächergruppe des gewünschten Studienbereichs 1987**



(19 %) bevorzugten die Fächergruppe Mathematik/ Naturwissenschaften, 658 (12 %) die Fächergruppe Philosophie/Geisteswissenschaften. Die übrigen Fächergruppen wurden jeweils von weniger als 10 % der Schüler gewählt. Bei den weiblichen Schülern liegt die Fächergruppe Wirtschafts- und Sozialwissenschaften mit 444 (21 %) Interessenten an der Spitze, gefolgt von Philosophie/Geisteswissenschaften mit 421 (20 %), Mathematik/Naturwissenschaften mit 337 (16 %) und Kunst mit 318 (15 %).

Das Interesse an einem Lehramtsstudium hat gegenüber dem Vorjahr zugenommen, nachdem in den letzten Jahren eine stark rückläufige Entwicklung zu beobachten war. 5 % der studienwilligen Schüler wollten ein Lehramt anstreben, bei den weiblichen Schülern betrug dieser Anteil 8 %. 1986 lagen die entsprechenden Anteile bei 4 % und 6 %. 1972 wurde der Lehrerberuf dagegen von 38 % aller Schüler und 55 % der weiblichen Schüler angestrebt.

Von 1 509 nichtstudienwilligen Schülern liegen Angaben über den gewünschten Beruf vor. 692 (46 %) interessierten sich für einen kaufmännischen Beruf, darunter 241 für den Beruf des Bankkaufmanns. 363 (24 %) wollten in den öffentlichen Dienst. 159 Schüler — darunter 158 weibliche — strebten einen nichtakademischen Beruf im Gesundheitswesen an, 90 einen handwerklichen Beruf und 53 — darunter 52 weibliche — einen Beruf als Bürofachkraft.

Ingo Petersen

Weitere Angaben im Stat. Bericht B I 3 — j/87.

5 677 studienwillige schleswig-holsteinische Schüler machten Angaben über den gewünschten Studienbereich. Von ihnen wollten 1 310 (23 %) ein Studium der Ingenieurwissenschaften beginnen, 1 168 (21 %) eines der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. 1 064

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet zum Beispiel „1-5“: „1 bis unter 5“.

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

- p = vorläufige Zahl
- r = berichtigte Zahl
- s = geschätzte Zahl
- D = Durchschnitt

Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

- 0 = weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- = nichts vorhanden
- = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- / = Zahlenwert nicht sicher genug
- X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- ... = Angabe fällt später an

Aus unserem Archiv

1. Bestand an Gebäuden aller Art

Urmaterial für diese umfassende Gebäudestatistik, die in dieser Form später nicht wieder erstellt worden ist, waren die für die Gebäudesteuerrevisionen angefertigten Gebäudebeschreibungen der Steuerverwaltung. Zu beachten ist bei Vergleichen der beiden Jahre folgender methodischer Unterschied: 1878 wurden Gebäude unter einem Dach mit durchgehender Giebelwand getrennt gezählt, 1893 dagegen als ein Gebäude. Gebiet: Provinz Schleswig-Holstein (Gebietsstand 1878 bis 1920) ohne Helgoland.

a) nach Eigentum und Bestimmung

Jahr	Gebäude und Baulichkeiten insgesamt	davon im Besitz		Gebäude zu öffentlichen Zwecken 2)	Wohngebäude 3)			Gewerbliche Gebäude 4)			Alle sonstigen Gebäude und Baulichkeiten 5)
		der öffentlichen Hand 1)	von wirtschaftlichen Genossenschaften und Privatpersonen		zusammen	darunter mit 1	4 und mehr Stockwerk(en)	zusammen	darunter mit 1	4 u. mehr Stockwerk(en)	
1878	300 573	14 825	285 748	6 812	153 493	135 016	1 069 ^a	20 411	16 838	178	123 141
1893	326 454	17 408	309 046	8 417	162 888	136 386	1 978	24 513	18 936	306	135 259

1) einschl. Stiftungen 2) ohne Diensthäuser für Geistliche und Schullehrer 3) einschl. Diensthäuser für Geistliche und Schullehrer 4) Hier sind die bereits bei den "Wohngebäuden" gezählten "Wohngebäude mit gewerblichen Gebäuden" wiederum mitgezählt (1878: 3 284 Gebäude; 1893: 4 623 Gebäude) 5) Scheunen, Ställe und andere Wirtschaftsgebäude, Gartenhäuser u. dgl. a) darunter 29 Gebäude mit 5 und mehr Stockwerken

b) nach der Bauart

Bauart, Bedachung	1878				1893			
	Städte und Flecken	Landgemeinden	Gutsbezirke	Provinz Schleswig-Holstein zusammen	Städte und Flecken	Landgemeinden	Gutsbezirke	Provinz Schleswig-Holstein zusammen 1)
Gebäude mit massiven Umfassungswänden (Feldstein, Ziegel, Kalkstein, Zement, Eisen) darunter mit Hartdach 2) Weichdach 3)	42 490 36 410 968	123 890 32 041 83 725	9 177 3 796 4 414	175 557 72 247 89 107	58 562 40 055 1 653	148 470 43 853 78 142	11 565 4 548 4 989	218 597 88 456 84 784
Gebäude mit Umfassungswänden von Fachwerk oder Riegelwänden (mit Ziegel-, Lehm-, Kalk- usw. Füllung) darunter mit Hartdach 2) Weichdach 3)	16 088 14 160 567	74 443 13 722 57 508	16 096 2 825 12 768	106 627 30 707 70 843	11 599 9 198 370	58 560 11 536 39 706	13 598 2 720 9 834	83 757 23 454 49 910
Gebäude mit Umfassungswänden aus Holz (in Blöcken, Stöcken, Reisig usw.) darunter mit Hartdach 2) Weichdach 3)	3 771 1 774 272	9 770 1 137 6 901	1 100 204 711	14 641 3 115 7 884	6 224 1 393 187	14 837 1 427 7 494	956 131 382	22 017 2 951 8 063
Gebäude mit sonstigen Umfassungswänden darunter mit Hartdach 2) Weichdach 3)	57 28 9	2 844 420 2 254	821 122 674	3 722 570 2 937	184 28 7	1 461 221 1 002	438 69 347	2 083 318 1 356
Alle übrigen Baulichkeiten	16	9	1	26	-	-	-	-
Gebäude u. Baulichkeiten insgesamt darunter 4) mit Bedachung von	62 422	210 956	27 195	300 573	76 569	223 328	26 557	326 454
Metall	87	121	16	224	102	206	136	444
Ziegeln	48 731	43 961	6 440	99 132	43 410	49 450	6 833	99 693
Schiefer	3 554	3 238	491	7 283	7 162	7 381	499	15 042
Hartdach zusammen	52 372	47 320	6 947	106 639	50 674	57 037	7 468	115 179
Holz	286	3 179	188	3 653	140	1 868	124	2 132
Rohr	243	12 011	2 341	14 595	252	17 414	3 677	21 343
Stroh	1 287	135 198	16 038	152 523	1 825	107 062	11 751	120 638
Weichdach zusammen	1 816	150 388	18 567	170 771	2 217	126 344	15 552	144 113
Stein- und Holzpappe	6 335	7 837	1 090	15 262	17 774	31 069	2 688	51 531
gemischt und sonstiges Material	1 883	5 402	590	7 875	5 904	8 878	849	15 631

1) ohne Helgoland 2) aus Metall, Ziegel, Schiefer 3) aus Holz, Rohr, Stroh 4) ohne "Alle übrigen Baulichkeiten"

QUELLE: Königl. (Preuß.) Statist. Bureau, Preußische Statistik, Heft 103 und 146 II

2. Bestand an bewohnten Gebäuden und sonstigen Unterkünften

Bei Doppel-, Gruppen- oder Reihenhäusern wurde jedes Bauwerk, das von dem anderen durch eine vom Dach bis zum Keller reichende Trennungswand geschieden war, als selbständiges Gebäude gezählt. Die Vergleichbarkeit beider Teiltabellen untereinander ist jedoch wegen sonstiger unterschiedlicher Erfassungsmethoden etwas gestört.

Provinz Schleswig-Holstein, Gebiet 1878 bis 1920 Stand 1. Dezember	Zur Wohnung dienende oder bestimmte Baulichkeiten insgesamt	Bewohnte Wohnhäuser und andere bewohnte Baulichkeiten					Zur Zeit der Zählung unbewohnte Wohnhäuser
		Wohnhäuser	gewöhnlich nicht zu Wohnzwecken dienende Gebäude 1)	sonstige Baulichkeiten		zusammen	
				feststehende (Hütten, Bretterbuden, Zelte usw.)	bewegliche (Wagen, Schiffe usw.)		
1890 ²⁾	166 267	161 162	1 033	201	709	163 105	3 162
1900	180 590	174 876	1 619	83	684	177 262	3 328
1910	206 468	199 128	2 241	77	793	202 239	4 229

1) Schulen, Ställe u. dgl. 2) einschl. Helgoland

QUELLE: Kaiserl. Statist. Amt, Stat. d. Dt. Reichs, N.F. Bd. 68, 150, 240

Land Schlesw.-Holst. Gebiet seit 1.4.37 Stand	Bewohnte Gebäude und sonstige Unterkünfte insgesamt	davon waren		
		Wohngebäude 1)	bewohnte Nichtwohngebäude 2)	sonstige Unterkünfte 3)
30. 9. 1950	284 945	253 302	10 928	20 715
6. 6. 1961	371 438	345 752	9 421	16 265

1) auch wenn sie vorübergehend leer stehen 2) Fabrik- und Verwaltungsgebäude, Hotels mit Wohnung u. dgl.

3) Behelfsheime, Baracken, Gartenlauben, Wagen, Schiffe

QUELLE: Statist. Landesamt Schleswig-Holstein

3. Bestand an Wohnungen

a) 1930 bis 1941 (fortgeschriebene Zahlen)

Grundlage dieser Statistik bildeten die Ergebnisse der Reichswohnungszählung 1927 (mietrechtlicher Wohnungsbegriff), ergänzt durch Schätzungen für die Gemeinden unter 5 000 Einwohnern, die von dieser Zählung nicht erfaßt worden waren (anhand der Zahl der Haushalte in der Volkszählung 1925) und fortgeschrieben nach den Ergebnissen der laufenden Bautätigkeitsstatistik. Mit zunehmender Entfernung vom Basismate-

rial wurden die Zahlen unsicherer und sind nur als annähernd zutreffende Größenordnung zu bewerten (siehe Tab. b für 1939). Alle früheren Erhebungen über den Wohnungsbestand umfassen nur Teilzahlen, d. h. insbesondere nur die Wohnungsverhältnisse in den Städten, wo die Wohnungsfrage als wirtschaftliches und soziales Problem zuerst auftrat.

Stand Anfang des Jahres	Alle Wohnungen					darunter in Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern				
	zusammen	darunter				Wohnungen zusammen	darunter			
		nach dem 1.7.1918 erstellt		mit 1 bis 3 Wohn- räumen einschl. Küche			nach dem 1.7.1918 erstellt		mit 1 bis 3 Wohn- räumen einschl. Küche	
		in 1 000	%	in 1 000	%		in 1 000	%	in 1 000	%
Provinz Schleswig-Holstein, Gebiet 1920 bis 1936										
1930	396	51	13,0	141	35,7	193	26	13,4	58	29,8
1931	403	59	14,7	144	35,6	196	29	14,6	58	29,8
1932	409	65	16,0	157	38,4	199	32	16,0	72	36,1
1933	412 ^a	70	16,9	158	38,4	200	34	17,0	72	36,0
1934	417 ^a	75	18,0	161	38,5	200	36	18,1	73	36,4
1935	426	85	20,0	165	38,7	203	41	20,0	74	36,7
1936	435	94	21,7	169	38,8	205	44	21,5	76	36,9
1937	443	104	23,4	172	38,7	209	48	22,9	77	36,8
Provinz/Land Schleswig-Holstein, Gebiet seit 1. 4. 1937										
1937	391	.	.	157	39,9	216	.	.	81	36,7
1938	399	96	24,0	157	39,3	220	52	23,6	81	36,7
1939	408	105	25,7	161	39,4	219	54	24,6	80	36,7
1940	414	112	27,0	164	39,5	220	56	25,5	81	36,6
1941	417	115	27,6	165	39,6

a) Von den rd. 216 000 Wohnungen in Gemeinden über 10 000 Einwohnern am 16. 6. 1933 standen 2 633 leer

QUELLE: Statist. Reichsamt: Vj.hefte z. Stat. d. Dt. Reichs 1930 bis 1940 und Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1941/42

b) 1939 (ermittelte Zahl)

Durch nachträgliche Auswertung des Urmaterials der Volkszählung 1939 wurde abweichend von den Fortschreibungszahlen der Tabelle 3 a folgender Bestand am 17. 5. 1939 ermittelt:

Gebietsstand Ende 1942 = 435 302 Wohnungen¹⁾, darunter in Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern = 233 259 Wohnungen¹⁾

Gebietsstand 1950 = 435 228 Wohnungen¹⁾

1) alle selbständigen Wohnungen einschl. der Lauben und Barackenwohnungen. Räume von Untermietern sind nicht als selbständige Wohnungen gezählt

QUELLE: Statist. Reichsamt, als Manuskript vervielfältigtes Material, umgerechnet durch Statist. Landesamt Schleswig-Holstein

c) 1950 bis 1965

Ermittelter und fortgeschriebener Bestand an Wohnungen¹⁾ in Wohn- und Nichtwohngebäuden

Provinz/Land Schleswig-Holstein, Gebiet seit 1. 4. 1937

Stand ²⁾	Wohnungen	Stand ²⁾	Wohnungen	Stand ²⁾	Wohnungen
30. 9. 1950	454 199 ^a	31. 12. 1955	564 248	31. 12. 1960	671 235
31. 12. 1951	483 231	<u>25. 9. 1956</u>	579 170	<u>6. 6. 1961</u>	674 783
31. 12. 1952	500 556	31. 12. 1957	605 914	31. 12. 1962	715 794
31. 12. 1953	520 224	31. 12. 1958	623 388	31. 12. 1963	739 388
31. 12. 1954	539 030	31. 12. 1959	647 129	31. 12. 1964	766 560
				31. 12. 1965	793 696

1) ohne behelfsmäßige Wohngelegenheiten
a) bewohnte Normalwohnungen

2) Zählungsergebnisse sind unterstrichen

QUELLE: Statist. Landesamt Schleswig-Holstein

d) 1960/61

Bestand an Wohnungen nach Baualter und Größe

Land Schleswig-Holstein, Gebiet seit 1. 4. 1937

- baurechtlicher Wohnungsbegriff -

6. 6. 1961

Wohnungen und sonstige Wohngelegenheiten zusammen	713 292
davon Wohnungen mit Küche oder Kochnische 1)	674 783
sonstige Wohnungen 2) in Wohngebäuden	5 506
Nichtwohngebäuden	1 725
dauernd bewohnten Unterkünften	31 278
Von den 661 555 Wohnungen in Wohngebäuden	
waren erbaut 1919 bis 1948	Anzahl 135 557
	% 20,5
1949 und später	Anzahl 226 121
	% 34,2

31. 12. 1960

Normale Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden zusammen	671 235
davon hatten	
1 bis 3 Wohnräume	Anzahl 317 432
(einschl. Küche)	% 47,3
4 Wohnräume	Anzahl 206 554
5 und 6 "	" 121 665
7 und mehr Wohnräume	" 25 584

1) ohne Kellergeschoßwohnungen und ohne Wohnungen in behelfsmäßigen Unterkünften

2) Wohnungen ohne Küche oder Kochnische sowie Kellergeschoßwohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden und alle dauernd bewohnten Wohnungen in behelfsmäßigen Unterkünften

QUELLE: Statist. Landesamt Schleswig-Holstein

4. Bau von Wohnungen

Als Wohnung in dieser Tabelle gilt bis 1943 jede im Bauplan als zusammenhängend gedachte Reihe von Wohnräumen; ab 1950 ist sie durch nachstehende Merkmale definiert: Vorhandensein einer Küche oder vollausgebauten Kochnische, Zutritt in der Regel durch eigenen Wohnungseingang unmittelbar vom Treppenhaus oder von einem Vorraum oder von außen, nicht im Kellergeschoß liegend. Als Wohngebäude gelten alle Gebäude, die vorwiegend Wohnzwecken dienen.

Vor 1919 gibt es keine allgemeinen Erhebungen über die Bautätigkeit; lediglich für einige Großstädte liegen Angaben aus der Zeit vor dem 1. Weltkrieg vor.

Bei den Erhebungen 1919 bis 1922 beschränkte sich die Fragestellung zunächst auf die Zahl der für Wohnzwecke ausgeführten baupolizeilich abgenommenen Neubauten und Umbauten. Ab 1923 wurde der Umfang der Erhebung auf die gesamte Bautätigkeit ausgedehnt.

Jahr	Baupolizeilich abgenommene Neubauten 2)		Rohzugang an Wohnungen (Neubau und Umbau, ab 1950 auch Wiederaufbau)							Reinzugang 1) an Wohnungen	
			insgesamt	darunter in Wohngebäuden	durch Neubau 2)					insgesamt	je 1 000 Einwohner
	zusammen	in %			darunter in Wohngebäuden						
					Anzahl	errichtet mit Unterstützung aus öffentl. Mitteln	erbaut von privaten Bauherren in %				
Gebäude insgesamt	darunter Wohngebäude										
Provinz Schleswig-Holstein, Gebiet 1920 bis 1936											
1919	.	744	.	1 632	.	.	965	.	.	(1 316)a	.
1920	.	1 410	.	3 440	.	.	2 380	.	.	(3 183)a	.
1921	.	2 144	.	3 873	.	.	2 859	.	.	(3 502)a	.
1922	.	1 990	.	3 301	.	.	2 541	.	.	(2 913)a	.
1923	2 872	1 340	2 486	2 267	1 860	75	1 788	.	.	2 269	1,5
1924	3 031	1 654	2 683	2 519	2 104	78	2 065	.	.	2 184	1,4
1925	4 480	2 870	4 559	4 385	3 957	87	3 873	.	.	3 908	2,6
1926	4 468	3 083	5 659	5 510	5 142	91	5 079	.	.	5 152	3,4
1927	5 654	4 238	7 642	7 501	7 119	93	7 044	.	61	6 950	4,5
1928	5 031	3 889	7 289	7 136	6 848	94	6 770	.	59	6 584	4,2
1929	5 040	3 641	7 710	7 524	7 145	93	7 030	5 568	57	7 105	4,6
1930	5 899	4 034	8 429	8 251	7 845	93	7 777	5 958	53	7 861	5,0
1931	4 147	3 040	5 802	5 638	5 098	88	5 132	3 148	64	5 057	3,3
1932	3 404	2 603	4 316	4 122	3 473	80	3 454	1 112	78	3 757	2,4
1933	3 705	2 874	5 491	5 231	3 284	60	3 264	1 036	87	4 937	3,1
1934	6 209	5 197	10 084	9 610	6 408	64	6 293	3 173	71	8 941	5,6
1935	6 016	4 936	9 030	8 790	7 161	79	7 129	2 964	69	8 418	5,2
1936	6 963	5 236	9 365	9 205	7 942	85	7 921	3 359	71	8 537	5,2
Provinz/Land Schleswig-Holstein, Gebiet seit 1. 4. 1937											
1936	.	.	8 668	8 542	7 959	92	7 904	4 119	56	7 354 b	.
1937	6 835	5 012	8 668	8 542	7 959	92	7 904	4 119	56	8 211	5,6
1938	6 029	4 489	8 914	8 798	8 197	92	8 158	5 292	50	8 468	5,5
1939	4 566	3 397	6 909	6 827	6 408	93	6 367	4 245	48	6 595	4,2
1940	1 996	1 382	3 299	3 243	3 088	94	3 069	1 891	62	3 025	2,0
1941	2 227	1,5
1942	2 506	1,7
1943	2 429	1,7
1950	8 951	5 669	17 301	16 749	13 768	80	.	.	.	16 620	6,4
1951	9 794	6 088	20 232	19 439	18 423	91	.	.	.	19 431	7,8
1952	10 540	6 727	17 888	17 220	16 260	91	.	.	.	17 151	7,0
1953	12 258	8 472	20 693	20 183	18 820	91	18 529	14 144	35	19 570	8,3
1954	11 965	8 337	19 933	19 516	18 100	91	17 884	13 048	34	18 740	8,3
1955	12 682	8 961	18 322	17 809	16 433	90	16 098	10 230	45	17 118	7,5
1956	13 907	10 034	23 029	22 442	20 994	91	20 552	13 222	41	21 542	9,6
1957	13 375	8 992	21 822	21 473	19 566	90	19 368	13 558	43	20 289	9,0
1958	13 565	8 521	18 392	18 110	16 128	88	15 993	8 887	47	16 885	7,4
1959	16 491	10 824	25 278	25 004	22 818	90	22 667	13 161	50	23 741	10,4
1960	16 251	11 962	25 865	25 610	23 376	90	23 222	12 925	49	24 087	10,5
1961	15 530	11 853	25 949	25 653	23 422	90	23 245	12 793	47	24 141	10,4
1962	15 147	11 409	26 281	25 918	23 866	91	23 637	12 280	44	24 412	10,4
1963	15 388	11 718	25 570	25 168	23 089	90	22 811	11 504	44	23 575	10,0
1964	16 622	12 397	29 855	29 377	26 598	89	26 270	14 457	42	27 175	11,4
1965	13 949	11 978	29 363	28 952	26 646	91	26 322	13 447	39	27 126	11,2

1) Reinzugang = Rohzugang minus Abgang durch Brände, Abbrüche, Umbauten usw.

2) ab 1950 einschl. Wiederaufbau, ab 1963 auch einschl. Umbau ganzer Gebäude

a) nur in Wohngebäuden

b) der Reinzugang an Wohnungen nach dem Gebietsstand seit 1. 4. 1937 betrug in den Jahren

1928 = 5 127 1930 = 5 185 1932 = 2 254 1934 = 6 794
 1929 = 5 116 1931 = 3 720 1933 = 3 740 1935 = 6 218

QUELLEN: 1919 bis 1938: Statist. Reichsamt, Vj. hefte z. Stat. d. Dr. Reichs 1925 bis 1939

1939 und 1940: Statist. Reichsamt, Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1939/40, 1941/42

1940 bis 1943 (auch Reinzugang neuer Gebietsstand ab 1928): Länderrat des Amerikanischen Besatzungsgebiets, Statistisches Handbuch für Deutschland 1928 bis 1944 (München 1949)

1950 ff: Statist. Landesamt Schleswig-Holstein

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

39. Jahrgang . Heft 10 . Oktober 1987

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM ZAHLENSPIEGEL

MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1985		1986		1986		1987			
			Monats- durchschnitt		Monats- durchschnitt	Juní	Juli	Aug.	Maí	Juní	Juli
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT											
*BEVÖLKERUNG AM MONATSENDE	1 000	2 614	2 613	2 613	2 613	2 614
NATURLICHE BEVÖLKERUNGSBEWEGUNG											
*Eheschließungen	Anzahl	1 254	1 303	1 788	1 367	2 143
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	5,8	6,0	8,3	6,2	9,7
*Lebendgeborene	Anzahl	1 925	2 058	2 025	2 231	2 135
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	8,8	9,5	9,4	10,1	9,6
*Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 611	2 582	2 465	2 482	2 275
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	12,0	11,9	11,5	11,2	10,3
	Anzahl	16	16	13	16	16
	je 1 000 Lebendgeborene	8,3	7,8	6,4	7,2	7,5
*Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	- 686	- 524	- 440	- 251	- 140
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	- 3,1	- 2,4	- 2,0	- 1,1	- 0,6
WANDERUNGEN											
*Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	5 461	5 195	4 595	6 220	6 661
*Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	4 746	4 795	4 403	5 814	5 456
*Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 715	+ 400	+ 192	+ 406	+ 1 205
*Innerhalb des Landes (Umgezogene ¹⁾)	Anzahl	10 057	9 548	8 652	10 427	11 240
Wanderungsfälle	Anzahl	20 265	19 538	17 650	22 461	23 357
ARBEITSLAGE											
*Arbeitslose (Monatsende)	1 000	118	114	106	108	105	102	105	105	105	102
darunter *Männer	1 000	69	65	59	59	57	59	59	59	59	56
Kurzarbeiter (Monatsmitte)	1 000	11,8	10,6	4,6	2,8	3,3	7,1	4,7	2,7	2,7	2,9
darunter Männer	1 000	10,3	9,4	4,1	2,4	2,9	6,2	3,9	2,2	2,2	2,3
Offene Stellen (Monatsende)	1 000	2,9	4,3	5,0	4,6	4,7	6,4	6,4	5,9	5,9	5,6
LANDWIRTSCHAFT											
VIEHBESTAND											
*Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 592 ^a	1 540 ^a	1 594	.	.	.	1 547	.	.	.
darunter *Milchkühe	1 000	526 ^a	514 ^a	490	.	.	.	465	.	.	.
(ohne Ammen- und Mutterkühe)											
*Schweine	1 000	1 743 ^a	1 718 ^a	.	.	1 768	1 748
darunter *Zuchtsauen	1 000	193 ^a	191 ^a	.	.	190	181
darunter *trächtig	1 000	129 ^a	129 ^a	.	.	131	122
SCHLACHTUNGEN ²⁾											
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	45	48	35	41	43	38	37	40	44	44
*Kälber	1 000 St.	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
*Schweine	1 000 St.	232	227	229	218	212	197	218	210	220	220
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St.	3	3	2	2	2	2	2	2	2	2
*SCHLACHTMENGEN ³⁾ AUS GEWERBLICHEN SCHLACHTUNGEN ²⁾											
(ohne Geflügel)	1 000 t	31,8	32,6	28,9	29,6	30,1	27,3	28,7	29,1	31,3	31,3
darunter *Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	12,7	14,0	10,2	11,9	12,7	10,8	10,6	11,5	12,9	12,9
*Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
*Schweine	1 000 t	18,7	18,4	18,4	17,5	17,1	16,2	17,8	17,2	18,0	18,0
DURCHSCHNITTLICHES SCHLACHTGEWICHT für ²⁾											
Rinder (ohne Kälber)	kg	286	292	291	292	296	289	291	288	294	294
Kälber	kg	115	117	116	114	115	126	125	122	121	121
Schweine	kg	82	82	81	81	81	83	82	83	82	82
GEFLÜGEL											
Eingelegte Brutefür ⁴⁾	1 000	151	122
*für Legehennenküken	1 000	2	1
für Masthühnerküken											
*Geflügelfleisch ⁵⁾	1 000 kg	274	120
*MILCHERZEUGUNG											
1 000 t	217	218	249	231	205	255	226	203	177	177	177
darunter *an Molkereien und Händler geliefert	%	96	95	98	98	96	98	98	98	95	95
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	13,3	13,8	15,9	14,3	12,7	16,0	14,7	12,7	11,1	11,1

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene 2) Bis Dezember 1984 Inlandtiere, ab Januar 1985 In- und Auslandtiere 3) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien 4) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern 5) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

a) Dezember

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1985		1986			1987			
			Monats- durchschnitt	Juní	Juli	Aug.	Maí	Juní	Juli	Aug.
PRODUZIERENDES GEWERBE										
VERARBEITENDES GEWERBE¹⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	166	167	167	168	169	163	164	164	165
darunter *Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	114	114	115	116	116	111	112	112	113
*Geleistete Arbeiterstunden	1 000	15 970	15 705	15 421	14 636	15 316	15 472	15 257	14 501	15 605
*Lohnsumme	Mill. DM	319,1	328,7	341,2	347,7	330,1	322,4	338,7	352,2	330,7
*Gehaltssumme	Mill. DM	216,4	229,1	244,8	226,8	219,7	242,1	252,6	232,4	227,2
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	1 733	1 698	1 511	1 419	1 702	1 537	1 591	1 489	2 104
aus dem Inland	Mill. DM	1 155	1 123	1 050	1 005	1 237	1 053	1 077	1 046	1 613
aus dem Ausland	Mill. DM	578	575	461	414	465	484	514	443	491
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	3 046	3 054	3 061	2 925	2 798	2 984	3 067	2 744	2 822
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 390	2 399	2 375	2 282	2 222	2 262	2 317	2 197	2 208
*Auslandsumsatz	Mill. DM	656	656	687	644	577	722	750	547	614
*Kohleverbrauch ²⁾	1 000 t SKE	17	15
*Gasverbrauch ³⁾	Mill. m ³	38,6	34,8
*Stadt- und Kokereigas	Mill. m ³
*Erd- und Erdölgas	Mill. m ³
*Heizölverbrauch ⁴⁾	1 000 t	72	51
*leichtes Heizöl	1 000 t	8	10
*schweres Heizöl	1 000 t	63	42
*Stromverbrauch ⁵⁾	Mill. kWh	240	242	228	228	238	247	238	239	252
*Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	25	26	24	24	25	27	26	25	30
*Index der Nettoproduktion für Betriebe im produzierenden Gewerbe ⁶⁾	1980 = 100	104,7	104,5	104,9	r 87,8	101,6	110,3	108,5
BAUHAUPTGEWERBE⁷⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	41 345	39 903	41 318	41 645	42 056	39 081	39 610	39 852	...
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	4 231	4 271	5 075	5 142	5 156	4 521	4 833	4 970	...
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	1 606	1 587	1 888	1 810	1 883	1 515	1 681	1 575	...
*gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	946	941	1 063	1 134	1 063	1 098	1 108	1 196	...
*Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	1 581	1 629	1 991	2 039	2 054	1 821	1 930	2 069	...
*Lohnsumme	Mill. DM	86,2	87,1	96,9	105,9	98,8	91,8	99,2	104,7	...
*Gehaltssumme	Mill. DM	18,3	17,8	18,7	18,1	17,4	16,9	18,9	16,7	...
*Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	319,2	370,0	394,9	419,7	397,0	305,0	360,6	399,6	...
Auftragseingang ⁸⁾	Mill. DM	196,4	210,9	285,2	218,2	216,6	233,0	241,9	205,9	...
AUSBAUGEWERBE⁹⁾										
Beschäftigte	Anzahl	7 486	7 068	7 011	7 085	7 222	6 881	7 005	7 116	...
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	880	842	834	850	852	799	829	840	...
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	18,5	17,9	18,5	19,4	18,0	17,5	19,9	20,1	...
Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	55,1	52,6	51,7	52,7	50,2	50,0	53,8	57,6	...
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG¹⁰⁾										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	1 732	1 875	964	1 517	1 469	1 471	1 078
*Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	891	909	728	749	783	879	804
*Gaserzeugung (brutto)	Mill. m ³
HANDWERK										
HANDWERK (Meßzahlen) ¹¹⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) am Ende des Vierteljahres	30.9.1976 = 100	97,7	97,6	97,0	.	.	.	97,8	.	.
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj.-D 1976 = 100	130,9	136,3	137,5	.	.	.	140,3	.	.

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht
1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1 2) 1 t Steinkohle = 1 t SKE = Steinkohle-Einheit (29 308 MJ) 3) 1 000 m³ Gas (H₂ = 35,169 MJ/m³) = 1,2 t SKE 4) 1 t Heizöl, leicht = 1,46 t SKE, schwer = 1,40 t SKE 5) 1 000 kWh Strom = 0,123 t SKE 6) ohne Ausbaugewerbe, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung 7) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 8) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten 9) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E III 1 10) Quelle: Der Wirtschaftsminister des Landes Schleswig-Holstein 11) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1985	1986	1986			1987				
				Monats- durchschnitt	Junl	Juli	Aug.	Maí	Junl	Juli	Aug.
BAUTATIGKEIT											
BAUGENEHMIGUNGEN											
*Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	459	486	571	627	503	561	628	537	503	
darunter mit											
*1 Wohnung	Anzahl	384	425	509	543	457	510	578	490	465	
*2 Wohnungen	Anzahl	51	47	47	72	33	32	37	26	25	
*Rauminhalt	1 000 m ³	346	345	383	422	320	392	428	443	358	
*Wohnfläche	1 000 m ²	63	62	70	75	58	68	76	73	65	
*Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	114	97	96	119	89	117	142	121	143	
*Rauminhalt	1 000 m ³	424	400	433	455	316	380	537	382	587	
*Nutzfläche	1 000 m ²	72	64	66	75	56	65	87	78	102	
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	786	727	800	818	601	756	815	771	718	
HANDEL UND GASTGEWERBE											
AUSFUHR											
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	836,1	797,9	737,5	700,1	764,0	830,1	841,9	754,9	...	
davon Güter der											
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	129,8	130,7	122,7	128,2	128,3	162,6	127,1	90,0	...	
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	706,3	667,2	614,8	571,8	635,6	667,5	714,8	665,0	...	
davon											
*Rohstoffe	Mill. DM	17,3	14,8	15,4	12,3	11,6	14,3	17,7	11,4	...	
*Halbwaren	Mill. DM	69,0	47,5	50,8	37,5	39,3	56,1	57,3	47,1	...	
*Fertigwaren	Mill. DM	620,0	604,9	548,7	522,0	584,7	597,1	639,8	606,5	...	
davon											
*Vorerzeugnisse	Mill. DM	94,9	87,3	95,2	76,0	81,8	103,5	107,4	80,2	...	
*Enderzeugnisse	Mill. DM	525,2	517,6	453,5	446,0	502,9	493,6	532,4	526,2	...	
nach ausgewählten Verbrauchsländern											
*EG-Länder	Mill. DM	386,5	398,0	388,1	353,0	383,7	408,3	431,0	380,0	...	
darunter											
Niederlande	Mill. DM	87,5	78,5	67,7	63,6	86,0	75,2	83,6	70,8	...	
Dänemark	Mill. DM	78,2	73,1	71,1	62,2	66,3	77,9	77,8	57,8	...	
Frankreich	Mill. DM	68,9	72,0	73,5	59,2	64,5	65,4	80,7	93,5	...	
Vereinigtes Königreich	Mill. DM	60,8	66,0	69,8	61,1	61,0	79,9	73,8	53,6	...	
*EINZELHANDELSUMSATZE (Meßzahl)	1986 = 100	.	100	96,9	105,3	100,1	100,7	
*GASTGEWERBEUMSATZE (Meßzahl)	1986 = 100	.	100	117,9	144,7	153,1	113,4	
FREMDEVERKEHR IN BEHERBERGUNGSRÄUMEN											
MIT 9 UND MEHR GÄSTEBETTEN (einschl. Jugendherbergen)											
*Ankünfte	1 000	245	258	387	471	443	p 344	p 391	
darunter *von Auslandsgästen	1 000	27	32	45	76	49	p 33	p 42	
*Übernachtungen	1 000	1 360	1 423	2 133	3 297	3 431	p 1 631	p 2 285	
darunter *von Auslandsgästen	1 000	49	58	84	128	86	p 66	p 77	
VERKEHR											
SEESCHIFFFAHRT¹⁾											
Güterempfang	1 000 t	1 263	...	1 352	1 361	1 401	
Güterversand	1 000 t	739	...	726	622	746	
BINNENSCHIFFFAHRT											
*Güterempfang	1 000 t	128	135	120	122	105	95	104	89	133	
*Güterversand	1 000 t	142	159	159	196	188	154	149	156	176	
*ZULASSUNGEN FABRIKNEUER KRAFTFAHRZEUGE											
darunter Krafträder	Anzahl	8 604	10 184	10 353	10 023	8 493	11 989	11 424	
(einschließlich Motorroller)											
*Personenkraftwagen 2)	Anzahl	261	216	333	253	107	404	281	
*Lastkraftwagen	Anzahl	7 732	9 316	9 244	9 090	7 827	10 779	10 197	
(einschließlich mit Spezialaufbau)	Anzahl	351	382	408	365	319	449	445	
STRASSENVERKEHRUNFÄLLE											
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 356	1 396	1 742	1 719	1 850	1 527	1 473	p 1 606	p 1 653	
*Getötete Personen	Anzahl	31	31	31	20	42	32	31	p 27	p 20	
*Verletzte Personen	Anzahl	1 726	1 799	2 297	2 264	2 376	1 972	1 988	p 2 113	p 2 102	

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht
 1) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fahrverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge
 2) einschließlich Kombinationskraftwagen

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1985		1986		1986		1987		
		Monats- durchschnitt ¹⁾		Juní	Juli	Aug.	Mai	Juní	Juli	Aug.
GELD UND KREDIT										
KREDITE UND EINLAGEN²⁾										
*Kredite ³⁾ an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	70 876	73 724	73 295	73 084	72 902	74 686	75 336	75 233	75 387
darunter										
*Kredite 3) an inländische Nichtbanken	Mill. DM	69 135	72 255	71 737	71 556	71 352	73 255	73 876	73 761	73 857
*kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	9 817	9 721	10 693	10 178	9 884	9 157	9 493	9 164	8 795
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	9 594	9 384	10 291	9 816	9 632	9 064	9 275	8 769	8 589
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	223	337	402	362	253	92	218	395	205
*mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	6 082	5 384	5 578	5 603	5 565	4 700	4 660	4 553	4 500
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	4 587	4 077	4 392	4 378	4 371	4 001	3 946	3 851	3 839
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 495	1 308	1 185	1 169	1 194	699	714	701	660
*langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	53 236	57 149	55 466	55 830	55 902	59 398	59 723	60 045	60 562
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	39 954	43 173	41 779	41 997	42 143	43 839	44 067	44 289	44 531
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	13 282	13 977	13 687	13 833	13 759	15 559	15 656	15 755	16 031
*Einlagen und aufgenommene Kredite ³⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	45 182	50 691	47 420	47 916	48 628	51 720	51 816	52 361	52 802
*Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	28 203	31 571	29 384	29 866	30 453	32 382	32 429	32 965	33 279
*von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	21 686	24 780	22 772	23 257	23 722	25 176	25 429	25 835	26 018
*von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	6 518	6 791	6 612	6 609	6 731	7 207	7 000	7 130	7 260
*Spareinlagen	Mill. DM	16 978	19 120	18 036	18 050	18 175	19 338	19 387	19 396	19 523
*bei Sparkassen (Spareinlagen, Sparbriefe, Namensschuldverschreibungen)	Mill. DM	12 894	13 759	13 145	13 153	13 225
*Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften)	Mill. DM	1 039	1 088	848	1 138	895
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	980	975	821	1 124	770
ZÄHLUNGSSCHWIERIGKEITEN										
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	73	73	80	52	73	55	66	52	66
*Vergleichsverfahren	Anzahl	0,3	-	-	-	-	-	-	-	-
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	330	281	282	316	280	222	199
*Wechselsumme	Mill. DM	2,6	1,9	1,7	1,7	1,8	1,4	1,2
STEUERN										
STEUERAUFKOMMEN NACH DER STEUERART			Vierteljahres- durchschnitt		2.Vj.86		2.Vj.87			
*Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	2 408,5	2 564,8	2 234,8	.	.	.	2 401,6	.	.
*Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 748,4	1 827,3	1 578,4	.	.	.	1 674,4	.	.
*Lohnsteuer 4)	Mill. DM	1 296,5	1 323,8	1 186,5	.	.	.	1 251,1	.	.
*Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	244,6	249,6	156,4	.	.	.	203,7	.	.
*nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. DM	26,8	29,8	29,0	.	.	.	44,9	.	.
*Körperschaftsteuer 4)	Mill. DM	180,5	224,2	206,7	.	.	.	174,7	.	.
*Steuern vom Umsatz	Mill. DM	660,1	737,4	656,3	.	.	.	727,2	.	.
*Umsatzsteuer	Mill. DM	366,4	438,7	349,9	.	.	.	407,6	.	.
*Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	293,7	298,8	306,4	.	.	.	319,6	.	.
*Bundessteuern	Mill. DM	130,8	134,1	127,6	.	.	.	123,3	.	.
*Zölle	Mill. DM	0,0	0,0	0,0	.	.	.	0,0	.	.
*Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	116,6	120,0	115,9	.	.	.	109,8	.	.
*Landessteuern	Mill. DM	165,9	187,3	210,0	.	.	.	191,6	.	.
*Vermögensteuer	Mill. DM	26,3	25,8	25,3	.	.	.	29,7	.	.
*Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	76,1	90,5	107,8	.	.	.	98,1	.	.
*Biersteuer	Mill. DM	6,4	7,1	9,2	.	.	.	6,6	.	.
*Gemeindesteuern	Mill. DM	274,9	278,3	257,5	.	.	.	268,3	.	.
*Grundsteuer A	Mill. DM	7,7	7,6	7,4	.	.	.	7,6	.	.
*Grundsteuer B	Mill. DM	63,7	67,5	59,9	.	.	.	64,1	.	.
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	194,0	193,5	180,4	.	.	.	187,9	.	.
STEUERVERTEILUNG AUF DIE GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN										
*Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 247,5	1 330,4	1 173,5	.	.	.	1 249,7	.	.
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	667,9	700,1	605,0	.	.	.	640,0	.	.
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	432,4	479,3	426,6	.	.	.	472,7	.	.
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	16,4	16,9	14,3	.	.	.	13,7	.	.
*Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 438,8	1 518,6	1 293,9	.	.	.	1 360,6	.	.
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	824,7	865,8	749,2	.	.	.	792,8	.	.
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	431,8	448,5	320,5	.	.	.	362,5	.	.
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	16,4	16,9	14,3	.	.	.	13,7	.	.
*Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	487,6	510,3	470,1	.	.	.	488,7	.	.
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ⁵⁾	Mill. DM	161,2	159,7	151,8	.	.	.	160,5	.	.
*Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	245,5	265,9	241,1	.	.	.	247,8	.	.

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

	1985	1986	1986			1987				
			Monats- durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni		Juli
PREISE										
PREISINDEXZIFFERN IM BUNDESGBIET 1980 = 100										
Einfuhrpreise	124,6	101,0	99,8	96,6	95,9	94,4	94,9	95,3	...	
Ausfuhrpreise	119,4	116,8	117,1	116,6	116,2	115,4	115,5	115,7	...	
Grundstoffpreise ⁶⁾	122,1	104,7	104,0	101,7	100,8	99,1	99,7	100,4	...	
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ⁶⁾	121,8	118,2	118,5	117,7	117,5	115,2	115,3	115,6	...	
landwirtschaftlicher Produkte ⁶⁾	103,1	97,2	98,9	99,0	98,1	93,9	93,8	92,0	...	
*Preisindex für Wohngebäude, Neubau, Bauleistungen am Gebäude	114,5	116,2	.	.	116,7	118,5	
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) 6)	115,2	108,4	108,8	107,2	106,5	104,6	104,3	103,6	...	
Einzelhandelspreise	117,5	117,3	117,7	117,2	116,9	118,2	118,2	118,0	117,8	
*Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	121,0	120,7	121,1	120,5	120,2	121,1	121,3	121,3	121,2	
darunter für										
*Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	116,9	117,6	118,9	118,4	117,2	118,3	118,0	117,6	116,6	
Bekleidung, Schuhe	118,4	120,6	120,5	120,6	120,7	122,0	122,1	122,1	122,2	
Wohnungsmieten	123,9	126,4	126,3	126,6	126,8	128,4	128,6	128,8	128,9	
Energie (ohne Kraftstoffe)	133,4	116,4	116,0	112,0	113,1	104,7	106,0	106,4	107,2	
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	117,7	119,1	119,0	119,1	119,2	120,4	120,5	120,5	120,7	
LÖHNE UND GEHÄLTER										
- Effektivverdienste in DM -										
ARBEITER IN INDUSTRIE UND HOCH- UND TIEFBAU										
Bruttowochenverdienste										
*männliche Arbeiter	699	715	.	725	
darunter *Facharbeiter	729	746	.	759	
*weibliche Arbeiter	481	496	.	503	
darunter *Hilfsarbeiter	460	470	.	478	
Bruttostundenverdienste										
*männliche Arbeiter	17,07	17,53	.	17,59	
darunter *Facharbeiter	17,88	18,38	.	18,44	
*weibliche Arbeiter	12,17	12,60	.	12,68	
darunter *Hilfsarbeiter	11,70	12,00	.	12,08	
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
männliche Arbeiter (Stunden)	40,8	40,7	.	41,2	
weibliche Arbeiter (Stunden)	39,5	39,4	.	39,6	
ANGESTELLTE, BRUTTOMONATSVERDIENSTE										
in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	4 123	4 273	.	4 282	
*weiblich	2 842	2 925	.	2 931	
Technische Angestellte										
*männlich	4 263	4 370	.	4 397	
*weiblich	2 772	2 839	.	2 850	
in Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	3 374	3 425	.	3 424	
*weiblich	2 305	2 347	.	2 347	
Technische Angestellte										
männlich	3 397	3 436	.	3 464	
weiblich	2 161	2 192	.	2 237	
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	3 610	3 699	.	3 700	
weiblich	2 456	2 509	.	2 512	
Technische Angestellte										
männlich	4 186	4 304	.	4 331	
weiblich	2 725	2 789	.	2 803	

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) Bestandszahlen bei Krediten und Einlagen: Stand 31. 12. 2) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter. Ab 1. 1. 1986 einschließlich Raiffeisenbanken

3) einschließlich durchlaufender Kredite 4) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung 5) nach Abzug der Gewerbesteuer-

umlage 6) ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer

JAHRESZAHLEN B

Erscheint im monatlichen Wechsel mit A

Jahr	Wohnungswesen			Ausfuhr				Fremdenverkehr ³⁾				
	zum Bau genehmigte Wohnungen 1) in 1 000	fertiggestellte Wohnungen 1)		Bestand an Wohnungen in 1 000	insgesamt	in EG-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerblichen Wirtschaft	Ankünfte		Übernachtungen	
		insgesamt in 1 000	im sozialen Wohnungsbau 2) in %						insgesamt	Auslandsgäste	insgesamt	von Auslandsgästen
1982	13	15	10	1 140	8 132	3 486	1 185	6 709	2 888	276	16 949	502
1983	17	14	12	1 153	8 146	3 541	1 118	6 761	2 859	270	16 523	505
1984	12	16	13	1 170	10 081	4 158	1 176	8 526	2 832	278	16 328	498
1985	9	10	21	1 181	10 033	4 639	1 313	8 475	2 940	321	16 322	583
1986	8	9	32	1 190	9 574	4 776	1 434	8 007	3 096	380	17 076	698

Jahr	Kfz-Bestand am 1. 7.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden			Spareinlagen ⁶⁾ am 31. 12. in Mill. DM	Sozialhilfe			Kriegsopferfürsorge		
	insgesamt	Kraftfahräder	Pkw ⁴⁾	Lkw ⁵⁾	Unfälle	Getötete	Verletzte		insgesamt	Hilfe zum Lebensunterhalt			Aufwand in Mill. DM	
										Aufwand in Mill. DM	Aufwand in Mill. DM			Empfänger 1 000
1982	1 169	29	999	55	17 393	485	22 399	14 539	807,2	276,2	68,7	60,5		
1983	1 198	34	1 022	54	18 394	519	23 592	15 667	863,5	298,5	68,4 ^a	62,0		
1984	1 229	37	1 049	54	17 659	442	22 515	16 231	927,9	330,1	83,2	64,8		
1985	1 249	38	1 067	54	16 270	377	20 714	17 830	1 005,1	391,7	84,8 ^a	66,9		
1986	1 291	40	1 107	53	16 751	371	21 591	19 119	1 137,7	459,4	...	71,7		

Jahr	Steuern ⁷⁾							Fundierte Schulden				
	Steuereinnahmen nach der Steuerverteilung			Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Verbrauchssteuern	Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände 8)	
	des Bundes	des Landes	der Gemeinden		insgesamt	Lohnsteuer	veranlagte Einkommensteuer				insgesamt	Kreditmarktmittel
1982	4 578	4 859	1 749	2 443	5 342	3 737	979	471	746	11 434	2 843	2 205
1983	4 811	5 174	1 821	2 720	5 546	3 961	948	474	727	12 564	2 886	2 220
1984	4 846	5 391	1 895	2 666	5 787	4 116	926	473	759	13 768	2 949	2 252
1985	4 990	5 755	1 950	2 640	6 154	4 425	978	466	776	14 648	2 993	2 287
1986	5 322	6 074	2 041	2 950	6 425	4 496	998	480	774	15 538	3 131	2 423

Jahr	Preisindizes im Bundesgebiet 1980 = 100					Löhne und Gehälter						
	Erzeugerpreise ⁹⁾			Lebenshaltung aller privaten Haushalte		Industriearbeiter ¹⁰⁾		Angestellte in Industrie 10) und Handel			öffentlicher Dienst	
	gewerblicher Produkte	landwirtschaftlicher Produkte	für Wohngebäude	insgesamt	Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	Männer	Frauen	Bruttomonatsgehalt		Bruttomonatsgehalt ¹¹⁾		
								kaufmännische Angestellte	technische Angestellte	Beamte A 9 (Inspektor)	Angestellte BAT VIII (Bürokräft)	
1982	114,1	109,8	108,9	111,9	111,3	646	437	3 349	2 294	3 805	3 221	2 384
1983	115,8	108,2	111,2	115,6	114,3	671	454	3 392	2 270	3 925	3 284	2 442
1984	119,2	106,9	114,0	118,4	116,0	686	467	3 492	2 363	4 042	3 284	2 454
1985	121,8	103,1	114,5	121,0	116,9	699	481	3 610	2 456	4 186	3 388	2 530
1986	118,2	97,2	116,2	120,7	117,6	715	496	3 699	2 509	4 304	3 505	2 616

1) Errichtung neuer Gebäude 2) i. Förderungswege 3) Nur Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, einschließlich Kinderheime und Jugendherbergen, ab 1984: Ausländer einschließlich DDR 4) einschließlich Kombinationskraftwagen 5) einschließlich mit Spezialaufbau 6) ohne Postspareinlagen 7) Quelle für staatliche Steuern: Der Finanzminister des Landes Schleswig-Holstein 8) einschließlich ihrer Krankenhäuser, aber ohne Eigenbetriebe und Zweckverbände 9) ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer 10) einschließlich Hoch- und Tiefbau 11) Endgehalt. Die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind
a) Hochgerechnetes Ergebnis einer Repräsentativ-Erhebung

KREISZAHLEN

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 30. 4. 1987			Bevölkerungsveränderung im April 1987			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschäden im August 1987 (vorläufige Zahlen)		
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevölke- rungs- zunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte
		Vormonat	Vorjahres- monat 1)						
FLensburg	85 344	- 0,0	- 1,5	- 11	- 18	- 29	53	-	60
KIEL	244 046	- 0,0	- 0,4	- 121	1	- 120	162	1	187
LOBECK	208 344	- 0,0	- 0,7	- 112	17	- 95	147	-	179
NEUMONSTER	77 675	- 0,1	- 0,4	- 30	- 55	- 85	47	-	50
Dithmarschen	128 155	- 0,1	- 0,8	-	- 81	- 81	67	4	93
Hzgt. Lauenburg	157 608	- 0,1	- 0,1	- 39	- 49	- 88	74	-	98
Nordfriesland	160 309	+ 0,1	- 0,7	- 14	137	123	115	1	148
Ostholstein	196 493	+ 0,0	+ 0,7	- 40	131	91	155	3	204
Pinneberg	262 814	+ 0,0	+ 0,8	- 4	33	29	155	1	199
Plön	117 958	+ 0,2	- 0,1	- 25	238	213	85	1	110
Rendsburg-Eckernförde	247 420	+ 0,0	- 0,0	32	- 26	6	147	-	195
Schleswig-Flensburg	182 681	- 0,0	- 0,1	- 50	11	- 39	96	2	144
Segeberg	218 886	+ 0,0	+ 1,0	8	53	61	152	3	191
Steinburg	126 313	- 0,1	- 1,1	- 25	- 80	- 105	87	1	96
Stormarn	198 298	+ 0,1	+ 0,9	- 39	146	107	111	3	148
Schleswig-Holstein	2 612 344	- 0,0	- 0,0	- 470	458	- 12	1 653	20	2 102

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitendes Gewerbe ³⁾			Kraftfahrzeugbestand am 1. 7. 1987		
	Betriebe am 31. 8. 1987	Beschäftigte am 31. 8. 1987	Umsatz ⁴⁾ im August 1987 Mill. DM	insgesamt	Pkw ⁵⁾	
					Anzahl	je 1 000 Einwohner
FLensburg	69	8 473	179	36 498	32 709	...
KIEL	123	22 470	303	101 783	91 316	...
LOBECK	133	21 056	267	87 456	78 478	...
NEUMONSTER	69	10 079	108	37 142	33 219	...
Dithmarschen	69	6 047	255	69 660	56 411	...
Hzgt. Lauenburg	94	7 932	98	81 068	70 377	...
Nordfriesland	53	2 869	61	84 989	69 223	...
Ostholstein	78	6 048	98	95 468	82 363	...
Pinneberg	186	19 997	292	135 426	118 476	...
Plön	46	2 643	41	62 119	52 626	...
Rendsburg-Eckernförde	119	9 356	152	131 671	111 088	...
Schleswig-Flensburg	81	5 041	101	98 511	80 540	...
Segeberg	166	16 673	291	127 411	109 981	...
Steinburg	81	9 206	168	70 814	58 710	...
Stormarn	155	17 471	408	106 597	94 210	...
Schleswig-Holstein	1 522	165 361	2 822	1 326 613	1 139 727	...

1) nach dem Gebietsstand vom 30. 4. 1987 2) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

3) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 4) ohne Umsatzsteuer 5) einschließlich Kombinationskraftwagen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 und 11

ZAHLEN FÜR DIE BUNDESLÄNDER

Land	Bevölkerung am 31. 3. 1987			Arbeitsmarkt			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber		Arbeitslose am 31. 8. 1987	Kurzarbeiter Monatsmitte August 1987	offene Stellen 31. 8. 1987	Schweine insgesamt am 3. 4. 1987	Rindvieh am 3. 6. 1986	
		VZ 1970	Vorjahres- stand					insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
		in %							
Schleswig-Holstein	2 612,4	+ 4,7	- 0,0	102	3	6	1 720	1 548	465
Hamburg	1 568,8	- 12,5	- 0,5	99	3	5	8	13	3
Niedersachsen	7 192,1	+ 1,6	- 0,0	306	11	18	7 579	3 382	1 035
Bremen	653,8	- 9,5	- 0,6	42	3	2	8	23	4
Nordrhein-Westfalen	16 673,1	- 1,4	+ 0,1	745	105	38	6 559	2 035	581
Hessen	5 547,9	+ 3,1	+ 0,3	153	12	15	1 220	829	261
Rheinland-Pfalz	3 608,3	- 1,0	- 0,1	110	4	9	640	601	209
Baden-Württemberg	9 335,9	+ 5,0	+ 0,6	197	13	38	2 463	1 739	637
Bayern	11 029,8	+ 5,3	+ 0,5	270	17	34	4 371	5 161	1 972
Saarland	1 040,8	- 7,1	- 0,3	51	2	3	43	69	23
Berlin (West)	1 880,0	- 11,4	+ 1,0	88	2	10	3	1	0
Bundesgebiet	61 142,8	+ 0,8	+ 0,2	2 165	175	177	24 614	15 400	5 189

Land	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ³⁾			Wohnungswesen im Mai 1987	
	Beschäftigte am 30. 6. 1987 in 1 000	Umsatz ²⁾ im Juni 1987		Beschäftigte am 31. 5. 1987		zum Bau genehmigte Wohnungen		
		Mill. DM	Auslandsumsatz in %	in 1 000	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner	
		in 1 000		in 1 000		in 1 000		
Schleswig-Holstein	164	3 067	24	39	15	756	2,9	
Hamburg	136	5 824	12	21	13	137	0,9	
Niedersachsen	645	12 859	32	104	14	1 740	2,4	
Bremen	76	1 885	31	10	15	35	0,5	
Nordrhein-Westfalen	1 957	33 390	30	216	13	3 245	1,9	
Hessen	627	9 473	30	85	15	1 408	2,5	
Rheinland-Pfalz	363	6 811	37	61	17	1 211	3,4	
Baden-Württemberg	1 429	21 909	32	171	18	3 595	3,9	
Bayern	1 351	20 257	35	229	21	5 156	4,7	
Saarland	134	2 126	30	15	15	293	2,8	
Berlin (West)	163	3 617	12	32	17	228	1,2	
Bundesgebiet	7 036	121 217	30	983	16	17 804	2,9	

Land	*Kfz-Bestand ⁴⁾ am 1. 1. 1987			Straßenverkehrsunfälle ⁶⁾ mit Personenschaden im Juni 1987				Bestand an Spar- einlagen 7) am 31. 5. 1987 in DM je Einw.	Steuereinnahmen		
	ins- gesamt	Pkw ⁵⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		im 1. Vierteljahr 1987		
		Anzahl	je 1 000 Einwohner						des Landes	des Bundes	der Gemeinden
	in 1 000		in 1 000		in 1 000			in DM je Einwohner			
Schleswig-Holstein	1 298	1 115	427	1 473	31	1 988	137	7 402	562	538	96
Hamburg	679	612	389	892	7	1 124	127	10 818	773	3 023	434
Niedersachsen	3 685	3 141	437	3 624	107	4 681	132	9 241	557	468	130
Bremen	286	258	394	352	2	404	115	10 431	648	1 309	289
Nordrhein-Westfalen	8 120	7 259	435	7 154	115	9 065	128	10 086	627	941	188
Hessen	3 044	2 648	478	2 615	68	3 434	134	11 368	740	965	218
Rheinland-Pfalz	2 015	1 704	472	1 885	48	2 496	135	10 711	596	619	213
Baden-Württemberg	5 084	4 329	464	4 475	116	6 118	139	11 821	725	932	203
Bayern	6 056	4 962	450	5 549	152	7 469	137	11 998	620	726	150
Saarland	537	480	460	485	5	605	126	9 761	550	591	134
Berlin (West)	756	665	354	1 269	11	1 645	130	9 261	622	1 347	202
Bundesgebiet	31 663 ^{a)}	27 224 ^{a)}	445	30 142	678	39 493	133	10 626	641	875	184

*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 2) ohne Umsatzsteuer 3) Vorläufige Werte 4) ohne Bundespost und Bundesbahn

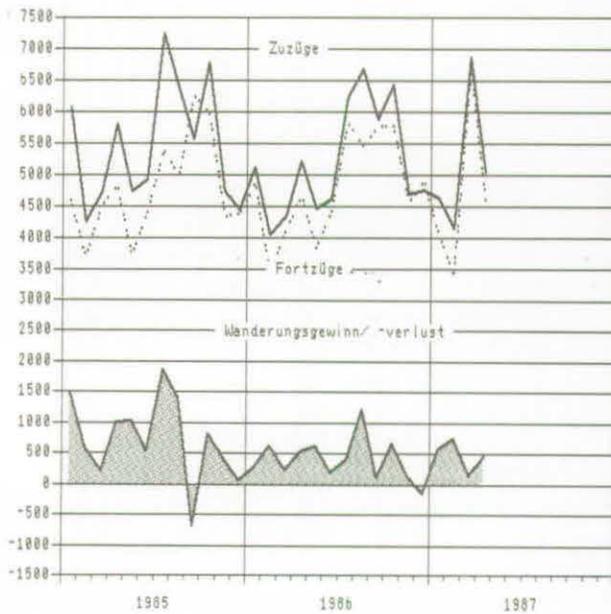
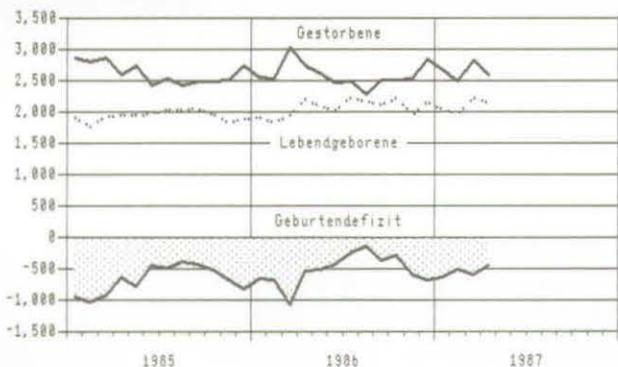
5) einschließlich Kombinationskraftwagen 6) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen 7) ohne Postspareinlagen

a) Länder ohne, Bundesgebiet einschließlich Bundespost und Bundesbahn

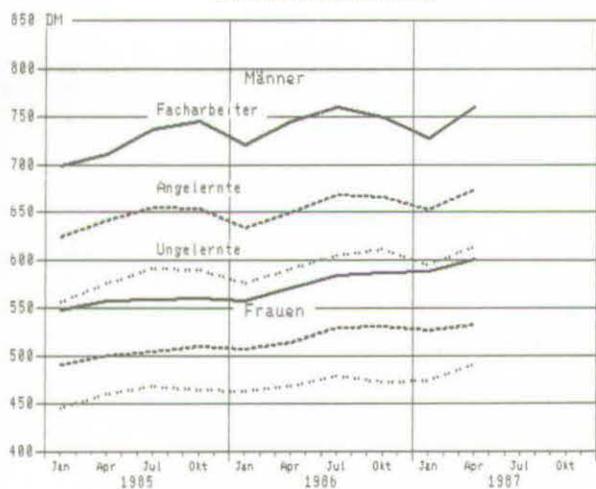
Entwicklung im Bild

D 5607 Stat LA S-H (A)

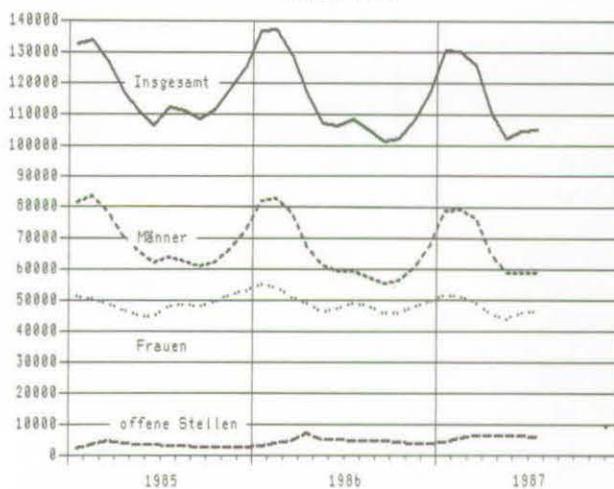
Bevölkerungsstand und -veränderung



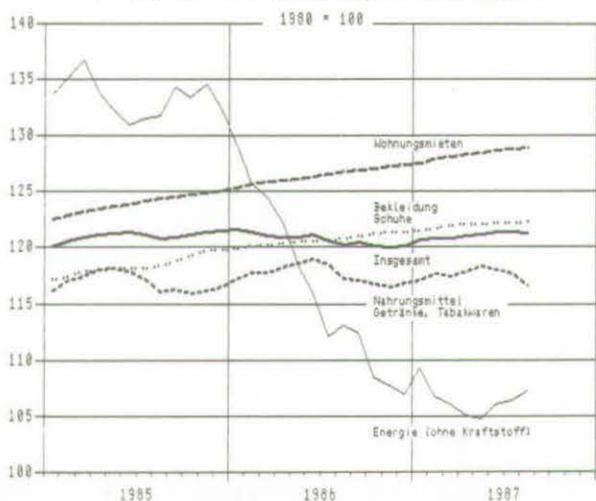
Bruttowochenverdienste



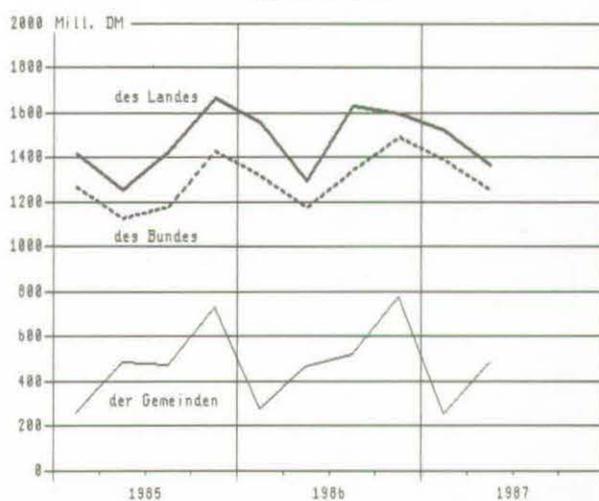
Arbeitslose



Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet



Steuereinnahmen



Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Postfach 1141, 2300 Kiel 1

Postvertriebsstück · V 6458 E · Gebühr bezahlt

Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Fröbelstr. 15-17; Fernruf (0431) 68951
Postanschrift: Postfach 1141, 2300 Kiel 1; Schriftleitung: Bernd Struck
Druck: Hugo Hamann, Kiel, Holtener Str. 65a - Auflage: 700
Bezugspreis: Einzelheft 3,- DM, Jahresbezug 30,- DM

- Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird -